

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementsspreis mit illustri. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus für die Zeit vom 6. bis 12. April 45 Goldpf. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstr. 46.

Fernruf 905 nur Redaktion.
Fernruf 926 nur Geschäftsstelle

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petit, zelle oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärts 25 Goldpf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 926 nur Geschäftsstelle.

Fernruf 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksboten

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 85.

Mittwoch, 9. April 1924.

31. Jahrgang.

Die Mühle der Klassenjustiz.

Landesverratsversfahren gegen den „Vorwärts“.

Aus Berlin wird berichtet:

Gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, Genossen Ernst Reuter, ist infolge Verfügung des Oberreichsgerichts vom 3. April d. J. die Voruntersuchung wegen Landesverrats (Verstoß gegen § 43 und 92 I StGB) eröffnet worden. Das neue Landesverratsversfahren gründet sich diesmal auf die bekannte, in der Nummer vom 3. Februar erfolgte Veröffentlichung des ausschenerregenden Briefes eines Hitler-Offiziers namens Götz, der in der Münze der Hitler-Leute eine geradezu klassische Schilderung seiner Beteiligung an den Umsturzversuchen vom 8. und 9. November v. J. gab. Weiter bezieht sich der Oberrechtsgericht in dem neuen Landesverratsversfahren auf Polemiken, die der „Vorwärts“ in der Morgenausgabe vom Dienstag, dem 5., und Sonnabend, dem 9. Februar, gegen die bayerische Regierung und gegen das Wehrkreiskommando Stuttgart richtete.

Zu dieser neuesten Ungehörigkeit unserer Rechtsplege bemerkt der „Vorwärts“ selbst treffend:

„Wir belassen uns schuldig, mit der Veröffentlichung dieser vorstehenden Meldung aber mal den Verdacht des Landesverrats zu erwischen. Denn nach dem Landesverratsparagraphen 92 des Strafgesetzbuches wird mit Zuchthausstrafen nicht unter zwei Jahren (oder Festungshaft nicht unter sechs Monaten) bedroht, wer „vorsätzlich Nachrichten, von denen er weiß, daß ihre Gehaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reiches... erforderlich ist, ... öffentlich bekannt macht.“

Jeder gesunde Mensch in Deutschland wird mit uns darin übereinstimmen, daß die Nachricht von gegen republikanische Blätter angestrengten Landesverratsprozessen für das Reich wohl amabel ist, daß sie im Interesse des Ansehens der Republik ganz geheim gehalten werden müßte. Aber wie sind unseren deutschen Lesern schuldig, ihnen mitzuteilen, wohin der Kurs der republikanischen Justiz in der Gegenwart steuert. Da wir aber nicht verhindern können, daß die Nachricht außer deutschen Lesern auch Ausländern zu Gesicht kommt, bitten wir alle ausländischen Leser des „Vorwärts“, von der Meldung keine Notiz zu nehmen. Es ist genug, wenn wir in Deutschland selbst Scham über solche Vorgänge empfinden!“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Neues Raubhauermordversfahren gegen Abgeordnete der Linken.

Am 28. Juli 1922 hielt Helfferich im Reichstag seine berüchtigte, mit wilder Demagogie und tückischen Verdächtigungen arbeitende Rede gegen den Reichsaufenminister Dr. Rathenau. Am Morgen des folgenden Tages fiel Rathenau unter den mörderischen Schüssen von Tschow und Genossen als ein Opfer der Hetze, die die Deutschen gegen ihn entfacht hatten. Kein Wunder, daß die Erbitterung des größten Teils der Reichstagsabgeordneten sich stürmisch gegen Helfferich wandte. Die deutschationale Reichstagsfraktion selbst war im Zweifel darüber, ob Helfferich unter solchen Umständen an der Reichstagsitzung am 24. Juni teilnehmen dürfe, schließlich beschloß sie, daß „keine Schwäche gezeigt“ werden dürfe und daß Helfferich erscheinen müsse.

Selbstverständlich war bei den anderen Abgeordneten die Spannung groß. Viele waren der Meinung, daß Helfferich es gar nicht wagen würde zu erscheinen, ihre Überraschung und Erregung war ungeheuer, als er dennoch kam. Von der Linken her erscholl stürmische Rufe: „Mörder hinaus!“ Schließlich aber legte sich unter dem Eindruck des Präsidenten Löbe der Turm und Helfferich blieb.

Seitdem sind fast zwei Jahre vergangen, der Reichstag ist aufgelöst, die Immunität der Abgeordneten erloschen. Und auf

einem werden die Genossen Zubeil und Dr. Moses sowie mehrere Kommunisten, Hölllein, Remmeli und Fröhlich, vor den Untersuchungsrichter geladen, weil sie sich gegen den § 105 des Strafgesetzbuches vorgangen haben sollen. Der § 105 sagt:

Wer es unternimmt, den Senat oder die Bürgerschaft einer der freien Hansestädte, eine gesetzgebende Versammlung des Reichs oder eines Bundesstaates auseinanderzusprenzen, zur Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen zu nötigen oder Mitglieder aus ihnen gewaltsam zu entfernen, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Sind widernde Umstände vorhanden, so trifft Festungshaft nicht unter einem Jahre ein.

Man muß zugeben, daß dem Staatsanwalt der Humor in ernster Zeit nicht fehlt und daß er es versteht, Satiere zu schreiben — und wären es auch Satiere auf sich selbst und auf die deutsche Justiz. Die Wahrung der inneren Ordnung des Reichstags ist Sache des Hauses selbst, vor allem Sache des Präsidenten. Und der Reichstag hat damals auch aus eigenem Interesse diese schwierige Aufgabe gelöst und trotz der ungeheurenden Provokation, die in dem Erscheinen Helfferichs unter den gegebenen Umständen lag, seine Sitzung ordnungsgemäß zu Ende geführt. Helfferich wurde an der Ausübung seines Mandats tatsächlich nicht gehindert.

Eine Verurteilung der in Untersuchung gezogenen Abgeordneten ist unmöglich, solange Verfassung und Gesetz noch gelten. Aber die Einleitung des Verfahrens allein ist schon ein ungeheurender Skandal. Was die Phantasie des boshaften Helfferichs unter den gegebenen Umständen lag, seine Sitzung ordnungsgemäß zu Ende geführt. Helfferich wurde an der Ausübung seines Mandats tatsächlich nicht gehindert.

Das Verfahren gegen Zeigner.

In einer parteigenossischen Kundgebung in Dresden gegen die deutsche Justiz machte Genosse Graf-Leipzig, der Vertreter der Zeigner, bemerkenswerte Angaben über das Landesverratsverfahren gegen Zeigner, denen wir folgendes entnehmen: Das Verfahren sei auf Grund einer Anzeige, die Ende Oktober beim Oberrechtsanwalt erstattet wurde, anhängig gemacht worden. Die Behauptung der Bürgerlichen Prese, daß in der Zwischenzeit das Material gesammelt worden sei, bezeichnete er als unwahr. Er selbst habe am Sonntag dem Untersuchungsrichter sagen müssen, wo die beiden Reden Zeigner, auf die sich die Anklage stützt, zu finden seien. Obwohl also der Untersuchungsrichter den Inhalt der Reden heute noch nicht kenne, habe er eine Untersuchung wegen Landesverrats beantragt. Auf Befehl des Oberrechtsanwalts ist dem Genossen Graf am Sonnabend vom Untersuchungsrichter erklärt worden, daß er auch als Verteidiger mit Zeigner nicht unter vier Augen sprechen dürfe. Man wies dem Genossen Graf sogar ein Schreiben vor, in dem ihm das Verbot mitgeteilt wurde. Schließlich mußte man aber doch dem § 147 der Strafprozeßordnung Rechnung tragen. Den Justizminister Bünger warf Genosse Graf vor, daß er einseitig versucht hat, Zeigner belastende Zeugen heranzuziehen.

Aber Milde der völkischen Hochverrätern.

München, 8. April.

Eine Abordnung des völkischen Blocks ist bereits am Montag beim Ministerpräsidenten vorstellig geworden, um einen Beschluß des Ministerats herbeizuführen, der den Verurteilten Hitler, Weber, Rochner und Kriebel sofortigen Strafausschluß gewähren und die Begnadigung in Aussicht stellen soll. Anstelle des Ministerpräsidenten, der sich zurzeit auf einer Dienstreise befindet, empfing sein Vertreter, Kultusminister Matz, die Abordnung und erklärte, daß der Ministerrat keine Veranlassung hatte, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen, da bisher ein entsprechender Antrag von seiner Seite vorgetragen habe. Der Minister erklärte sich aber bereit, die Forderung der Abordnung an den Justizminister weiterzuleiten. Eine Entscheidung sei aber erst möglich nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten. — Demgegenüber sei festgestellt, daß dem Ministerrat lediglich die Befugnis besteht, einen einzelnen Verurteilten zu begnadigen. Die Begnadigung einer Gruppe von Verurteilten ist verfassungsmäßig ausgeschließliche Sache des Landtags.

Entspannung im Eisenbahnerkampf.

Die Regierung gibt nach.

Endlich hat die Reichsregierung sich bereit gefunden, den Eisenbahnern eine Erhöhung des Lohnes zu bewilligen, die vorläufig exträtig ist und deshalb den drohenden Streit verhindert. Vorher das geschah, unterbreiteten die Organisationen der Eisenbahnerarbeiter am Dienstag dem Reichsverkehrsminister erneut ihre Forderungen. Später stimmte das Kabinett zu, daß in allen Lohnklassen und allen Wirtschaftszonen eine Stundenlohnzulage von 6 Pf. gegeben wird. Plötzlich also konnte die Regierung auf ihre Absicht, die Staffelung zwischen den einzelnen Lohnzügen erneut zu erweitern, verzichten. Für die Bahnunterhalterarbeiter, die infolge der Lohnverhältnisse nicht zu jeder Zeit 9 Stunden täglich arbeiten können, wurde die Arbeitszeit

jedermann geregt: Vier Monate (im Winter) acht Stunden täglich, vier Monate 9 Stunden und vier Monate 10 Stunden. Für die zehnte Stunde wird eine Sonderzulage von 5 Pf. gezahlt. Die weitere Forderung der Gewerkschaften, daß Maßregelungen unterbleiben, hat das Reichsverkehrsministerium ebenso zugesagt. Alle ausständigen Eisenbahnerarbeiter werden restlos wieder eingestellt. Die übrigen unerledigten Fragen und Streitpunkte bleiben Gegenstand späterer Verhandlungen bei den Tarifberatungen.

Republikanische Energie in der Türkei.

Nach einer Havasmeldung aus Ankara beschloß die Nationalversammlung, dem ehemaligen Kalifen des Subsidium zu entziehen, nachdem er in der Schweiz eine Kundgebung gegen seine Ausweisung veröffentlicht und seine Rechte auf das Kalifat für vorbehalten hat.

Wie Deutschlands Finanzen ruiniert wurden.

Die Riesenbeute der „nationalen“ Kriegs- und Kuhlempf-Gewinner.

1. Nicht die Entente, wie Helfferich, der falsche Prophet, in prahllicher Weise angekündigt hatte, sondern das deutsche Volk muß das Bleigewicht der Milliarden durch die Jahrzehnte schleppten. Helfferichs Bemühungen ließen nur immer darauf hinaus, die Riesengewinne zu schonen, die Aktiengesellschaften vor der Steuererhebung weitgehend in Schutz zu nehmen und die Subsistenz in Zeiten zu retten, da den breiten Massen des Volkes, auch dem ganzen Mittelstande, jeder Besitz bereits aus den Händen gerissen war. Die infame Hetze gegen eine gerechte Besteuerung der Besitzenden wurde bis zum Mordeinsatz gegen Etzberger und Rathenau planmäßig gesteigert.

Das ausgemergelte Volk, das in grenzenloser Verarmung das Völkermorden überstand, sollte die Kriegskosten bezahlen, während die Kriegsgewinner ihre Beute in Sicherheit brachten.

Die ausgehungerten Volksmassen mußten auch noch, während die Industrie und alle Kuhlempf-Gewinner nachstrebten, für das Kuhlempf aufzukommen, denn die Massen des Volkes waren es, denen die Inflation das Mark aus den Knochen zog. Ein großer Teil bereits gezahlter Steuerbeträge der Massenbelastung floh zudem infolge der Steuerentwertung auf dem Wege zu den Kassen des Reichs in andere Taschen.

An der abgezogenen Lohnkurve verdienten die Arbeitgeber jogt! Denn sie führten in Goldmark weniger ab, als sie den Arbeitern und Angestellten abgezogen hatten. Die Lohnsteuer brachte im Durchschnitt des Jahres 1923 etwa neunzig Prozent der gesamten Einkommensteuer! Der Ertrag der Lohnsteuer des Jahres 1923 beträgt rund 237 Millionen Goldmark, der Ertrag der Einkommensteuer der Vermögten für die gleiche Zeit rund 57 Millionen Goldmark.

Die Sozialdemokratie verlangte eine Herabsetzung des steuerfreien Einkommens bis zu 90 Mark monatlich,

ländliche bürgerliche Parteien lehnten das ab.

In der Chemnitzer „Volksstimme“ hat M. H. Cassel Ende Dezember 1923 den deutschen die englischen Steuerleistungen gegenübergestellt. Die Steuer auf Einkommen von mehr als 2400 Goldmark (die Goldmark zu 2 Schillingen gerechnet) erbrachte

in Deutschland 100 Mill. Gm. = 10 Mill. Pf. Sterling
in England 380 Mill. Gm. = 398 Mill. Pf. Sterling

Die Einkommen von mehr als 225 Pf. Sterling in England, bemerkte dazu Cassel, mußten also nahezu vierzig mal mehr Steuern bezahlen, als in Deutschland, 370 Millionen Pfund mehr, was auf deutsche Verhältnisse übertragen 3700 Millionen Goldmark ausmacht. Und es muß hinzugefügt werden, daß es sehr zweifelhaft ist, ob in England bei der schlechten Konjunktur und vergleichsweise hohen Löhnen vom „Kapital“ mehr verdient worden ist, als in Deutschland bei guter Konjunktur und sehr niedrigen Löhnen.

Bei der Erbschaftssteuer war das Mizverhältnis noch ärger. Es gingen nämlich 1922/23 ein

in Deutschland 5 Mill. Gm. = 5 Mill. Pfund Sterling

in England 570 Mill. Gm. = 57 Mill. Pfund Sterling

Die Erbschaftssteuer erbrachte also 1922/23 in England 11 mal so viel als in Deutschland.

Die Körperchaftssteuer ergab an Einnahmen in Deutschland

2,1 Millionen Pfund, in England 19 Millionen Pfund.

Die Steuern auf Bier, Brannwein, Wein, Tabak, Zucker, Automobile erbrachten:

1919/21 in Deutschland 38 Millionen Pfund Sterling

in England 37 Millionen Pfund Sterling

1922/23 in Deutschland 14 Millionen Pfund Sterling

in England 225 Millionen Pfund Sterling

So haben die bürgerlichen Parteien dem Reiche die Mittel verweigert, während das hungrige Volk für diese Steuerabotie der Paderel war, dem alle Lasten aufgehalst wurden. Wer nicht nur der Arbeiter, der Angestellte, der mittlere und untere Beamte, auch die vielen kleinen Rentner und Später verloren durch das schuldlose Treiben der „nationalen“ Inflationsgewinner ihre kleinen Rentner und Später verloren durch das schuldlose Treiben der „nationalen“ Inflationsgewinner ihre kleinen Rentner und Später verloren durch das schuldlose Treiben der „nationalen“ Inflationsgewinner ihre kleinen

Nicht die Erfüllungspolitik, sondern die Nichterfüllungspolitik und im Bunde damit das wütige Tollhausschießen der Großindustriellen, der Großagrarien, des Großhandels und ihres nationalen Schieberanhangs stürzten im Verein mit der Steuerabotie, die während der ganzen Inflationszeit ins Riesengroße gedieh, Deutschlands Finanzen in den Abgrund. Herausgepreßte Löhne und Arbeitslosigkeit aber stiegen den ganzen Handwerk und kleinen Kaufmannstand, die auf die Kaufkraft der breiten Massen auf Gedächtnis und Verdank angewiesen sind, mit ins Glend hinab.

Nur eine Partei gibt es, die für eine gerechte Verteilung der Kosten eintritt, die sich gegen die Bemühungen aller von großkapitalistischen Interessengruppen beherrschten bürgerlichen Parteien, die gewaltige Hauplast der Lände Kleinbauern auf die wirtschaftlich schwachen Kaufmänner, die Kleinstadt und die Städte, die Arbeiter, Angestellten, mittleren und unteren Beamten und die Handwerker abwälzen, mit aller Entschiedenheit stemmt.

Dieser Partei gib auch Du Deine Stimme!
Schütt Dich vor Ausbeutung! Wähle Sozialdemokrat!

Die Lage in England.

Die Arbeiterrégierung bleibt.

London, 8. April.

Die Regierung Macdonald blieb am Montag nach der Abstimmung über das Mietgesetz noch einmal in der Minderheit, als das Unterhaus einen Gegenentwurf verabschieden wollte, durch den die Forderungen zahlreicher Unternehmer auf Erstattung der Beiträge, die sie während des Krieges für Aufbau von Lizenzen im Interesse der Regierung ausgenommen haben. Das Gesetz wollte verhindern, daß diese Forderungen gegen die Regierung vor Gericht ausgelagert werden. Das Unterhaus lehnte den Entwurf jedoch mit 37 Stimmen Mehrheit ab. Unmittelbar nach der Abstimmung erklärte Macdonald, daß die Regierung aus diesen Niederlagen keine Konsequenzen ziehen werde, sondern nur dann zurücktrete, wenn ihr offen ein Misstrauensvotum erbracht werde oder wenn sie bei der Abstimmung über eine Angelegenheit von Bedeutung in der Minderheit bleibe. Keiner dieser beiden Fälle stehe vor.

In Kreisen der Labour Party wird zu der Zusatzzniederslage, die die Regierung am Montag erlitten hat, bemerkt, daß eine Anzahl von Labour-Mitgliedern von Versammlungsabschüssen, die sie in üblicher Weise über Sonntag in ihre Wahlkreise unternommen, noch nicht zurückkehrten waren und erst kurz nach der Abstimmung einztraten. Dieser parlamentarische Zwischenfall enthielt jedenfalls weit weniger die Schwäche der Regierung als der liberalen Partei, die vormittags in ihrer Klubstätzung beschlossen hatte, das von der Regierung vorgelegte Gesetz zu unterstützen, aber am Nachmittag dann in drei Gruppen gewaltsam abzustimmen, wobei 42 Liberalen sitzen, 25 gegen die Vorlage stimmten und der Rest sich der Abstimmung enthielt.

London, 8. April.

Ein Geldentzug, der am Dienstag im Unterhaus einging, eröffnete erstmals die Arbeitslosenunterstützung für Männer von 15 auf 18 Schilling, für Frauen von 12 auf 15 und den Zuschuß für jedes Kind von 1 auf 2 Schilling; ferner sieht er günstigere Entnahmen für die Jugendlichen vor.

Die sozialpolitische Rücksicht Deutschlands.

Genf, 8. April.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat am Dienstag seine 28. Sitzung begonnen. Zur Bekanntmachung stehen in der Sitzungssache Budgetfragen für das Jahr 1925. Auch die Arbeitsverhältnisse in der Sitz werden von neuem besprochen werden. Gelegentlich einer Ansprache über die bisher eingegangenen Konsolidierungen wurde von Arbeiterseite auf die Arbeitsverhältnisse in Tschechien und Polen-Oberschlesien hingewiesen und betont, daß die polnischen Arbeiter bedeutend günstigere Arbeitsverhältnisse hätten als die deutsch-oberdeutschen. Die politische Regierung sei nach Kriegsende verpflichtet worden, die Arbeitsverhältnisse auf der gleichen Höhe zu halten wie in Deutschland. Jetzt ergebe sich aber, daß die polnisch-oberdeutschen Arbeiter nur acht Stunden zu arbeiten haben, während die deutsch-oberdeutschen Arbeiter eine zehntägige Arbeitszeit ertragen müßten. Der deutsche Regierungsvorsteher erklärte, er habe für die Angelegenheit keine Instruktionen erhalten. Sein Vortrag für die deutschen Gewerkschaften, daß sie sich stark genug müßten, den Kampf um den Arbeitsstandort zu führen und sie hofften, ihn wiederum für die deutsche Arbeiterschaft zurückzuerobern zu können. Ein Gedanke wurde nicht geäußert, doch wurde allgemein der Wunsch geäußert, daß die deutsche Regierung möge für die Rückkehr normaler Arbeitsverhältnisse sorgen.

Jedem Deutschen, der noch etwas Liebe zu Deutschland in sich trage, muß diese Nachricht die Schamtheit ins Gesicht treiben. Deutschland, das Heilige Land der Arbeitersbewegung und Sozialdemokratie, muß hier keine von den von unseren Nationalisten so lieb verehrten Polen bestimmen lassen.

Und wenn hat Deutschland die neue Demütigung zu verdanken? Gerade den Kreisen, die glaubten, einzige und allein rechte Deutsche zu sein, deren Reden von nationaler Würde und nationaler Größe nur so triefen.

In ihren Taten sollt Ihr sie erkennen!

Zweckes Interesse für Bayern.

Paris, 7. April.

Poincaré hat am Montag den französischen Geschäftsträger in München zu einer längeren Begegnung empfangen. Gegenstand der Begegnung war der Hitlerprozeß und die völkische Bewegung in Bayern.

Die bayrischen Mandate.

München, 8. April.

Eine amtliche Mitteilung gibt bekannt, daß bis jetzt nur 79 Mandate mit Bekanntheit verteilt werden können. Danach entfallen auf die Sozialdemokratische Partei 35, den Bölkischen Block 17, Sozialchristianen 14, den demokratischen Bauernbund 6, auf die Freie Wählerpartei 4 und auf die Kommunisten 3 Sitze. Neben alle übrigen Sitze kann infolge der Kommissariats des bayerischen Oberstaatsrates auf dem Umweg über die Kreiswahlkommission und die Landesauschüsse noch nichts Bebauetes geplagt werden. Das rechtsextreme Bayern betrifft in ganzen 100 Sitze. Die endgültige Zusammenziehung des Landesgesetzes wird sich jedoch erst nach den am 4. Mai in der Pfalz stattfindenden Wahlen bestimmen lassen.

Obersächsischer Kommunistenprozeß.

Breslau, 8. April. Das Urteil im oberösterreichischen Kommunistenprozeß wurde endgültig bestätigt durch Generaldirektor und 45 Freunde und nur 7 zu kurzen Festnahmen verurteilt wurden. Diese milde Entscheidung ist die Belehrung für die Erklärung der Angeklagten, daß die oberösterreichischen Kommunisten mit der kommunistischen Internationale nichts zu tun haben wollten, daß sie immer gute Freunde seien und sich in den Kämpfen gegen Höring nationalpolnisch bewegen hätten. Das soziale Gericht nahm an, daß ihnen der Service für die Bevölkerung geblieben sei. Es ist damit die angebliche Unterdrückung von Rahmenkämpfen durch den Sozialdemokraten Höring als das geäußert, was es eigentlich war, die Arbeiterschaft gewaltsam unterdrücken. Der kommunistische Schwund von dem Höring des oberösterreichischen Arbeitersrats dürfte nach der Abfage der oberösterreichischen Kommunisten an Breslau auch von den KPÖ nicht mehr aufrechterhalten werden.

Verlegerheitslösung in Stuttgart.

Die bürgerlichen Parteien regierungsunfähig.

Stuttgart, 8. April.

Zum württembergischen Staatspräsidenten wurde in der heutigen Sitzung des württembergischen Landtages Staatsrat Rau, der bisherige Leiter des württembergischen Arbeits- und Ernährungsministeriums, gewählt. Er wird neben diesem Rektor und dem Kultusministerium noch das Finanzministerium übernehmen. Als Ministerkollegen holt er sich den bisherigen Justizminister Beyerle (Zentrum) und den bisherigen Minister des Innern, Bolz (Zentrum).

Rau ist ein Verwaltungsbeamter, der, wie er selbst erklärt, dem politischen Leben völlig fernsteht. Seine Wahl kam mit den Stimmen der Bürgerlichen zustande, da die Parteien, die die Regierung gestützt hatten, nicht den Mut aufbrachten, eine neue Regierung zu bilden.

Nach dieser Leistung vertagte sich der Landtag auf unbestimmte Zeit.

Republik und Richteramt.

Von Tag zu Tag häufen sich die Fälle offener Verhöhnung der Republik durch das Richteramt. Hier eine neue Blüte solcher richterlichen Sabotage. Zugleich ein Beweis dafür, welche Abschauungen das Oberverwaltungsgericht mittler im Beamtenabbau vertreibt, wenn es sich darum handelt, "für Königlich privilegierte" Schilder zu schützen.

Wie die Allgemeine deutsche Beamtenzeitung berichtet, ist anlässlich eines Demonstrationzuges der Inhaber einer Apotheke aufgefordert worden, das Schild mit der Aufschrift „Königl. priv. Apotheke“ zu entfernen, widrigstens ihm die Apotheke kurz und klein geschlagen würde. Als der Apotheker sich an die Polizeiverwaltung um Schutz wandte, erklärte sich diese hierzu außerstande und gab ihm die Entfernung des Schildes auf. Die hergezeigte erhebliche Klage wies der Bezirksausschuß ab, während auf die Berufung des Apothekers das OVG die Verfügung mit folgender Begründung aufhob:

Bei jedem Einbrechen auf Grund des § 10 I des AGR, hat sich die Polizei auf die Mittel und Anordnungen zu beschränken, die zur Abwendung der Gefahr, der vorzubeugen sie berechtigt und verpflichtet ist, nötig sind. Dies gilt insbesondere in den Fällen des Staatsnotrechts, in denen die Polizei ausnahmsweise in die Rechte eines unbeteiligten Dritten einzutreten befugt ist. Neben das Maß des Möglichen ist die Polizeibehörde hinausgegangen, indem sie dem Kläger ohne Zeitbeschränkung, also dauernd, die Ündringung des Schildes und damit die Ausübung eines ihm zugeschriebenen Eigentumsrechts unmöglich gemacht hat. (!!) War, was unerwartet bleiben kann, ein Tage des Demonstrationszuges aus dem Vorhandensein des Schildes eine unmittelbar drohende Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten, und konnte die Polizei diese Gefahr nicht mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, sondern nur durch einen Eingriff in die Rechte des Klägers beseitigen, so bestand die nötige Anstalt darin, dem Kläger aufzugeben, zu dulden, daß für den Tag des 1. März 1923 (!!) das Schild von der Polizei verdeckt oder abgenommen werde. Eine dauernde Unterzügung der Ündringung des Schildes übertritt diese Grenzen. (!!) Die Aufgabe der Polizei besteht in erster Linie darin, die in ihren Rechten bedrohten Staatsbürger zu schützen und pünktig gegen die Störer der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung einzuschreiten, eine Aufgabe, von der die Polizei nur ausnahmsweise absiehen kann, wenn erhellt, daß die ihr im betreffenden Zeitpunkte zu Gebote stehenden Kräfte nicht für den Schutz des in seinen Rechten bedrohten Staatsbürgers oder nicht zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ausreichen. Glaubte die Polizei, mit einer Wiederholung der drohenden Ausrichtungen auch für die Zukunft rechnen zu müssen, so war es ihre Aufgabe, durch Ankündigung über die strafrechtlichen Folgen, durch Verstärkung ihrer Polizeikräfte usw. diesen Ausrichtungen vorzubeugen und ihnen nötigenfalls mit polizeilicher Gewalt entgegenzutreten. (Entscheidung des OVG vom 21. 6. 23. I. C. 923. — „Deutsche Juristen-Ztg.“ 23 S. 697.)

So also sollen Staatsmittel der von deutschen Richtern verhöhlten Republik vergedenkt werden. Im Zeichen des „Aufbaus“ nicht wahr? Und das alles zum Schutz eines die Republik brüdernden „Königlich preußischen“ Schildes! Hierfür wird sogar eine Vermehrung der Beamtenzahl gefordert. Die republikanischen Beamten aber sollen möglichst noch schneller und gründlicher abgebaut werden, nicht wahr? Merkt's euch, Beamte und Angestellte!

Wie lange sollen von der Republik bezahlte Richter die Republik noch weiter öffentlich verhöhnen dürfen?

zu provozieren. Es gelang ihnen prächtig. Der Vorsteher ließ durch die Polizei einige Kommunisten aus dem Saal entfernen.

Hallensleben und seine Freunde setzten sich auf. Die Kommunisten hielten eine prächtige Kulisse gebaut, hinter der es leicht war, den Mantel des Vergessens über das 324 000 Goldmark-Honorar zu werfen.

Bedrohliche Zunahme der Reichsbankkredite.

Der Rentenbankkredit schon erschöpft.

Der Reichsbankausweis vom 29. März zeigt wieder eine starke Anspannung des Reichsbankkredits durch die private Wirtschaft. Der von der Bank gewährte Kredit stieg in Wochenfrist um 180,6 Goldmillionen auf 1911,1 Millionen. Von der gesamten Kapitalanlage entfallen allein 1096,3 Millionen Rentenmark auf das Rentenmarkwechselkonto, das sich um 118,7 Millionen erhöhte. Dagegen gingen die fremden Banken um 87,8 Millionen auf 704,7 Millionen zurück. Die Rentenmarkguthaben verringerten sich allein um 98,7 Goldmillionen. Diese Kreditpolitik sieht sich nur durchsetzen, indem die Bank aus dem Darlehen der Rentenmark ebenfalls 399 Millionen in Anspruch nimmt. Die Gelddisposition beträgt nun 800 Millionen. Da der Reichsbank von der Rentenbank zur Verfügung gestellte Kredit schon Ende vorigen Monats bis auf 100 Millionen Rentenmark aufgebraucht war, ist es sehr interessant, was die Reichsbank tun wird, wenn sie das Tempo in der Kreditpolitik nicht abstellen kann. Die zur Bank zurückfließenden Rentenmarksummen reichen definitiv nicht zu der bisherigen großzügigen Kreditgewährung aus.

Am Zusammenhang mit der Kreditgewährung vermehrte sich der Rentenmarklauf um 88,4 auf 689,9 Trillionen Mark. Die Bank selbst erklärt die steigenden Ziffern durch den Quartals-Ultimo und durch Kreditgewährung an die Landwirtschaft. Der Goldbestand der Bank erhöhte sich um 32 000 Goldmark (insgesamt 464 Millionen). Die Zunahme röhrt aus der Absicherung von Gold, die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über Absicherung ausländischer Vermögensgegenstände vom 25. August 1923 erfolgt ist. Das Ergebnis kann nur flächig benannt werden.

Die Kreditpolitik der Reichsbank hat auf die allgemeine wirtschaftliche Lage, besonders auf die Preisreduzierung, ungünstig eingewirkt. Sie ermöglichte vor allen Dingen spekulativen Geistern, an ihrem Devisen- und Warenbesitz festzuhalten in der Hoffnung, daß die neue Inflation doch bald kommt. Die Reichsbank, die uns so oft versprochen hat, andere Saiten in der Kreditpolitik aufzuziehen, hat sich endlich anstelle der standesüblichen Entwicklung zu Maßnahmen entschlossen. Wie wir erfahren, darf ab 7. April das Wechselschloß keines Kreditnehmers über den Stand vom 7. April erhöht werden.

Basisbestimmung an der Börse.

An der heutigen Börse fanden die in den letzten Tagen begonnenen Exzessionen eine verstärkte Fortsetzung. Die Tendenzen des Aktienmarktes ist dementsprechend außerordentlich schwach. Die Kredite in schranken der Reichsbank und der Seehandlung haben die Börse erst richtig ins Rollen gebracht. Die Aussichten für die nächste Zeit werden an der Börse selbst sehr pessimistisch beurteilt. Man verweist vor allem darauf, daß die Rentenmarkkredite von der Wirtschaft bis auf einen kleinen Rest in Anspruch genommen sind und daß eine eigentliche Rückzahlung dieser Kredite bis auf weiteres kaum möglich ist, so daß mit fortwährenden Prolongationen gerechnet werden muß.

Der heute veröffentlichte Reichsbankausweis vom Quartalsultimo bietet ja auch bereits ein außerordentlich trübes Bild des allgemeinen Geld- und Kreditverkehrs. Weiters trug zur Veröffentlichung der Reichsbank die Veröffentlichung des Pariser Motin über den Inhalt des Sachverständigenberichtes bei.

Der französische Frank liegt unverändert. Am Tauschmarkt wurde heute das englische Pfund mit 74,75 Frank bezahlt. Im offiziellen Devisenverkehr ist die Lage unverändert. Am Goldmarkt macht die Versteigerung rasche Fortschritte. Tägliches Geld ist kaum noch zu bekommen; man nannte heute einen Satz von 1/4 Prozent pro Tag. Monatskredite werden anscheinend überhaupt nicht mehr abgeschlossen.

Politische Melizen

Rom, 8. April.

Die faschistischen haben durch die Parlamentswahl, dank dem auf ihre Parteidoktrinen zugeschnittenen Wahlrecht, eine feste Mehrheit von 118 Sitzen in der Kammer.

Die Aktienmajorität des Hotels Nassauer-Wiesbaden ist durch Hugo Stinnes angekauft worden. Sie verändert sich bis jetzt in französischen Händen. So ist die Substanz glücklich über den französischen Kriegsbeute gelandet. Auch eine Antwort zur Frage: „Wer ist Nutznießer der Inflation?“

In Dresden ist die Bank für Moritz Stoermer in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

Aus Stettin wird berichtet, daß in den letzten Tagen insgesamt 37 deutschnationale Volkvereine und Bezirksguppen in corpore zur deutschvölkischen Freiheitspartei übergegangen seien. Die Bewegung des Übertritts in die deutschvölkische Partei sei noch standig im Zunehmen. Es könne schon heute als sicher gelten, daß die deutschnationale Volksgruppe in Pommern wenigstens die Hälfte ihrer Stimmen an die Deutschvölkischen abgeben müsse.

Im 12. Reichstagswahlkreis Thüringen-Erfurt-Schmalkalden haben sich die Deutschnationale Volksgruppe, der Landbundbezirk Erfurt und die vaterländischen Verbände zu einer „Vaterländisch-völkischen Vereinigung“ zusammengeschlossen. Der Spiegele-Kreiswahlvorschlag steht Rittergutsbesitzer v. Goldacker-Weberstedt.

In der sozialdemokratischen Parteikonferenz für Ludwigshafen wurde der bisherige Abg. Hoffmann-Katzenbach als Spitzenkandidat für die Reichstagswahlen aufgestellt.

Moskau, 7. April.

Amtlich wird mitgeteilt, daß Trotski von seiner Krankheit nunmehr genesen sei; er werde in den nächsten Tagen nach Moskau zurückkehren und dann folglich die Ausübung seiner amtlichen Funktionen übernehmen. Da Trotski vor seiner Urlaubsreise so wiederholt an ihn ergangene Auflösungen des Zentralkomitees der kommunistischen Partei die Weiterführung seiner Arbeit als Volkskommissar wegen seines Konflikts mit der Parteileitung verweigert habe, so durfte diese offizielle Mitteilung zum Ausdruck gebracht werden, daß in dieser Hinsicht eine Entspannung eingetreten ist.

Ministerwahlreden.

Je näher der Wahltag heranrückt, um so mehr werden wir Sonntags mit Wahlreden der verschiedenen Minister begnügt. Sonntag sprachen der Reichskanzler Marx in Barmen, Dr. Stresemann in Kiel, Dr. Tarras in Elberfeld. In den Reden aller Minister werden bezeichnenderweise die außenpolitischen Fragen am eingehendsten behandelt. Der Ablauf der Micum-Verträge, die bevorstehende Veröffentlichung des Gutachtens der Sachverständigen zwingen die Regierung, sich gegen die deutschvölkische Agitation zu wenden. Dr. Marx sprach in Barmen von der „Zwangsläufigkeit der Außenpolitik“ und betonte:

„Gerade weil wir uns in tieffester Seele deutsch fühlen und nationale Gefügung nicht nur auf den Lippen tragen, darum muss immer wieder betont werden, dass Politik nicht eine Sache des Herzens sondern Sache ruhiger Überlegung und kalter Vernunft ist. Uns tückliche Überlegung muss uns sagen, dass nach dem Verlust des Weltkriegs auch die durch den Friedensschluss uns ausserlegten Lasten getragen werden müssen, so weit es in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit liegt. Diese Politik wird am schärfsten von völkischer und deutschnationaler Seite angegriffen. Man wirft uns Mängel an nationaler Gefügung vor, weil wir auf Verständigung mit dem übermächtigen Gegner bedacht gewesen sind und jede Möglichkeit benutzt haben, um zu Verhandlungen über unsere Leistungen aus dem Friedensvertrag zu gelangen. Der Friedensvertrag soll zerstören werden, wir sollen jede Leistung aus dem Friedensvertrag verweigern!“

Wahnsinnig, es könnte Herr Poincaré kein größerer Fehler geschehen, als wenn einmal eine deutsche Regierung

so töricht wäre, dieser Rücksichtlosigkeit Folge zu leisten.

Die Herrschaften hätten sich auch wohl, die Folgen eines solchen Tuns darzulegen. Es ist geradezu Wahnsinn, ein wehrloses Volk zum Widerstand gegen eine hundertfach überlegene Armee, ausgerüstet mit den modernsten Kriegswaffen, anzustacheln.

Es ist Verbrechen am Vaterland, durch Aufzehrung nationaler Leidenschaften Zwietracht in unser Volk hinzutragen, wo uns ein ehmäßiges und entschlossenes Auftreten eine gewisse Stärke nach außen zu verteilen vermag. Es würde der Zerfall des Reiches, die völlige Zerrüttung des deutschen Volkes zur Folge haben, wenn wir dem wahnsinnigen Verlangen rechtsradikaler Kreise nachkommen wollten.“

Herr Stresemann war in seinen Ausführungen auch Sonntag wieder vorsichtiger. Es ist Wahlkampf, und die Partei der Kettenzrenger glaubt, ohne Verbeugungen gegen die Rechtsparteien nicht auszukommen. So legte er ein gutes Wort für die Baterländer Verbände ein, beton, dass die Franzosen kein Recht hätten, Demonstrationen der Deutschvölkischen und Deutschnationalen für ihre Politik auszunutzen und versichert, dass auch Hergt für Erfüllungspolitik eingetreten ist. (Vielleicht hofft er mit Hergt bald in einer Regierung zu sitzen.) Dr. Tarras bekämpft die Schuldslüge und verlangt die Wiederherstellung der Staatshoheit im besetzten Gebiet.

Was die Reichsregierung wirklich will, kann man freilich aus den Ministerreden nicht entnehmen. Es ist fraglich, ob die Unbeschreiblichkeit der Regierungsabsichten nur Politik nach außen hin ist oder ob nicht alle Gegenübere darin zum Ausdruck kommen. Die schönen heroischen Reden, in denen sich Dr. Stresemann neuerdings gefällt, werden aber auf die Außenwelt kaum Eindruck machen und vor allen Dingen die deutsche Regierung nicht von dem Zwang befreien, zu sagen, was sie eigentlich will: Phrase oder Politik?

Der „Reichsanzeiger“ vom 6. April veröffentlichte die Verordnung des Reichsministers des Innern über die Vorabstimmung in Hannover. Auf den von den Vertreternmännern der Deutsch-hannoverschen Landespartei eingereichten und mehr als 5000 Stimmberchtigten unterzeichneten Antrag wird folgende zur Abstimmung zu stellende Frage zur Vorabstimmung in der Provinz Hannover mit Ausnahme des Regierungsbezirks Aurich zugelassen: „Soll die Provinz Hannover mit Ausnahme des Regierungsbezirks Aurich aus Preußen ausscheiden, um ein selbständiges Land zu bilden?“

Die letzte Grünwettersbach

Roman von Oswald Bergener.

41. Fortsetzung.

Der Laden schwob sich auf, und die Stimme rief aus dem geöffneten Fenster lachend heraus: „Der Kaffee kommt sogleich, mein Herr!“

Gleich darauf erschien sie, schon fix und fertig in ihrer dunklen Trauergewandung, in ihrer jungen Morgenfröhlichkeit auf der Schwelle. Mit beiden Händen trug sie ein Tablett mit dem Kaffeegeschirr. So schritt sie an den wettergrauen Tisch unter den schirmenden Nischen.

„Guten Morgen!“

Als sie die bunte Decke auflegte und Tassen und Kaffeekanne aufbaute, sprach sie lächelnd:

„Der Bäderzunge war noch nicht da, Semmel gibt es also nicht. Der Herr müsste mit einem Butterbrot sich begnügen. Auch habe ich den Milchmann noch nicht läuten hören. Der Herr werden daher mit dem gestrigen Milchrest zufrieden sein müssen. Ist Zucker gesäßig?“

Dabei knickte sie mit einem drolligen Schatz.

Dann sah man verständig beieinander und freute sich des guten heißen Kaffees in der beträchtlichen Morgenfröhlichkeit.

In heiteren Flammen zog der Tag herauf. Die riesigen silbergrauen Felswächter der Höhe gleiteten im ersten Sonnenbrennen in der blauen Himmelstiefe. Als der erste Strahl des Hohenstaufen durchslichtete und golden auf das Hüttendach fiel, ging es wie ein Klingen und Läuten durch die Luft.

„Wo von ich träume, fragen Sie mich?“ sprach sie mit merkwürdigem Ernst; „ich liebe das, was mir Gott ins Herz geschenkt hat an Talent und Begeisterung, so heizt und glaube ich seit daran, dass ich weiß, ich werde einmal unter den Größen meinesgleichen wandern. Davon träume ich. Und da möchte ich wohl wissen, ob in hunderundfünzig Jahren in alten Schriften wohl noch etwas von mir aufbewahrt sein wird, ob gelehrte Leute noch einmal meinen Namen nennen, ob noch irgendwo einmal eine leise Rückahnung davon austingt, ein wie glühendes, dummes, sehnsüchtiges Herz unter diesem Namen verborgen war.“

Er blieb ernst, fast traurig auf sie nieder.

Er fühlte, wie die Eiferjuch auf ihre Sehnsucht zur Kunst und nach Ruhm in seiner Brust aufstand, und war kleinsaut darüber, dass er, je länger er sie sah, desto heftiger darnach verlangte, sie ganz in seine Arme einzuschließen.

„Sie antworten nicht!“ sagte sie, und die großen, brauen Augen blitzen mit fernseherischem Leuchten in den Morgen; „ja, ich möchte es wohl wissen, was die Leute von mir sagen, wenn ich einmal längst unter dem grünen Rasen liege.“

„Sie werden sagen, dass eine Heldin gestorben ist, und dass viel Liebe an ihrem Grabe steht und um sie weint.“

Sie war von seinen Worten heftig ergripen. Es schwoll ihr in die Augen, und sie war glücklich und ließ es geschehen, wie er sie in aufwallender Zärtlichkeit zu umfassen wagte.

Die Vorabstimmung findet am 18. Mai statt. Durch sie wird festgestellt, ob ein Drittel der wahlberechtigten Einwohner die Abstimmung über die zugelassene Frage verlangt. Zum Abstimmungsleiter ist der Präsident des Bundesfinanzamts in Hannover bestellt.

Der Demokratische Parteitag.

Das politische Geschehen.

Weimar, 6. April. Am Sonnabend, dem 5. April, wurde in Weimar der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei durch den Reichsminister a. D. Koch eröffnet, welcher für den auseinanderliegenden Dr. Petersen zum Vorsitzenden der Partei gewählt wurde. Er führte aus, dass im Augenblick alle Blüte Deutschlands auf die Entscheidung in der Außenpolitik gelenkt sei, doch sich das deutsche Volk aber auch mit den Prozessen in Leipzig und München beschäftige. Er kritisieren die Vorgänge in Leipzig und München und wünscht darauf hin, dass auch in Zukunft aus München einer reibigen Entwicklung unseres Staates und unserer Wirtschaft Gefahr drohe. Er führt dann wörterlich fort: „Ich wir ehren den Feldherrn Ludendorff. Wir bedauern, dass in unserem Wahlkreis infolge eines verschleierten Zusammenschlusses zweier Sähe

die Namen Budeusdorff und andere in eine Verbündung mit gemeinen Verbrechern geraten sind.“

Wir haben sofort verucht, das Verschulen durch 500 Telegramme an alle Zeitungen richtig zu stellen. Das ist leider nicht rechtzeitig gelungen. Die Partei hofft es für die obige Pflicht im Gegenzug zu den phantastischen Maßnahmen der Politik des Volks zu Wohlstand und Gewinnlichkeit zu führen. Es heißt dann weiter: Wohlstand und Gewinnlichkeit brauchen wir vor allem auf dem Gebiet der Außenpolitik. Die Politik der Deutschnationalen ist Phrase. Bundesgenosse in der Verständigungspolitik ist heute auch

die Deutsche Volkspartei. Sie hat ungelernt und will mit uns durch Arbeit und Eifer zur Freiheit. Letztlich geht

Stresemann die Politik der letzten fünf Jahre fort. Auch die Deutschnationale Volkspartei wird, wenn sie an der Regierung ist, da sie einen Reichskrieg ausweicht, diese Politik zu machen verlusten müssen. Heute hat das Volk zu entscheiden, ob eine Verständigung versucht werden soll, die es uns ermöglicht, auf örtlichem aber sicherem Boden wieder aufzubauen, oder ob das Glück der letzten fünf Jahre sich fortsetzen soll. Unseren Brüdern im besetzten Gebiet wird wir dankbar, jedes Opfer an Held zu bringen, um sie frei zu machen oder ihr Geschick zu erleichtern.“

In der Außenpolitik hat die Freiheit des Volles dann einen Wahlfrech, das die Herrschaft wieder spiegelt, ein einziges Parlament mit sich gebracht. Die wichtigsten Aufgaben

Devisen-Murse.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

Alles in Billionen Mark

	8. April.	7. April.
Amsterdam	100 fl.	152,61
Buenos Aires	1 Peso	1,875
Brüssel (Antwerp.)	100 Fr.	20,55
Kristiania	100 Kr.	57,61
Kopenhagen	100 Kr.	69,82
Stockholm	100 Kr.	110,92
Helsingfors	100 Finnm.	10,57
Rom	100 Lire	18,70
London	3 £	18,205
Newyork	1 Dollar	4,19
Paris	100 Frs.	24,54
Zürich	100 Frs.	78,42
Madrid	100 Peseta	56,34
Portugal	100 Escudo	13,21
Japan	1 Yen	1,795
Rio de Janeiro	1 Milreis	0,485
Wien	100000 Kr.	6,08
Prag	100 Kr.	12,71
Jugoslawien	100 Dinat	5,68
Budapest	100000 Kr.	6,08
Bulgarien	100 Lewan	3,29
Danzig	100 Gulden	72,81
		72,81

des neuen Reichstags. Nun ist offenbar eine neue Inflation, die Lösung von unten zu drücken und die Wahrung der Einheit und der Autorität des Reichs. Der Autorität des Reichs muss auch gegenüber den Ländern gewahrt werden. Was sich Nationalismus nennt, ist oft nur Streit nach Rechtsverschärfungen, wenn nicht Patriarcalismus und Imperialismus. Patriarcalismus hat in Deutschland nichts zu haben, wenn es ihm schlecht ging.

Alle Aufgaben werden sich im neuen Reichstag nur lösen lassen, wenn es so zusammengeht ist, dass sich eine feste Mehrheit bildet kann. Von einer überparteilichen Regierung, wie zur Zeit Cuno's, habt mir wenig. Von einem Bürgerschluss befürchten wir dieselbe Haftlosigkeit gegenüber den Rechtsrevolutionären wie in Bayern. Zur Regierung der Mitte sind auf absehbare Zeit möglich. Die viel tiefgesetzte Demokratische Partei sieht früher und einfacher da als je. Der neue Reichstag erfüllt seine Aufgabe, wenn er die von uns angekündigte Politik vollendet.

Es folgten zwei Referate über „Staat und Wirtschaft“: am Sonnabend spät darüber der Abgeordnete Schröder, am Sonntag früh der Reichs-Universitätslehrer Schröder. Sie lernten ihrer Darstellung gewöhnt, nicht viel mehr als allgemeine Bedenken über die Verjährung der Klassengegensätze brachten.

Interessanter war das Referat des brennischwürgenden Ministers Rönnебurg über „Volk und Boden“. Er gab zunächst einen Überblick über die Entwicklung von Grund und Boden, deren Ungeschicktheit auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann. Hier eine Erklärung zu erwarten, bei das Ziel der demokratischen Bodenpolitik. Wir müssen uns von dem sozialen Gedanken lösen, das der Boden nur dem gehört, der ihn besitzt kein, muss darum, der braucht. Die Nationalversammlung hat neue Regel gewollt, welche wichtiger liegen vor und werden den neuen Reichstag bestimmen werden können. Staatspolitisch für die Zukunft bestimmen werden kann. Staatspolitisch für die Zukunft bestimmen werden können. Für die Zukunft bestimmen werden können. Wir müssen hier die Befreiung der Außenpolitik der Willkür der landwirtschaftlichen Besiedlung auswidrig beenden, um so die Freiheit des Staates zu erhalten und zu bewahren.

Zu dem Thema: „Die Erhaltung der Kultur im verarmten deutschen Staat“ führte die Referatin Oberbaurat Emma Beck-Hausberg, welche in der Stadt der verarmten Städte hat die Pflicht der Erhaltung der Kultur. Wir möchten, dass in Deutschland das Leben beizubringen beginnen. In Weimar, an der Schönheit der deutschen Kultur und Republik, auf der Stätte, an der das deutsche Volk seine Kultur entwölft, erfüllt die Dem. Partei: Am Anfang des Materialismus und Militarismus, was bedeutet ist die Dem. Partei zum deutschen Idealismus. Was diesen Idealismus ist der sozialistische Glaube an Deutschlands nationale Schönheit, an Deutschlands nationale Größe. Wir können nicht ringen vor Deutschlands Freiheit nach unten und Deutschlands Freiheit nach oben unter den großen Völkern der Welt. Deutschland und die Welt müssen aus den Fesseln des Prinzipiellen Alters und aus den Fesseln der Zivilisation befreit werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muss auch bei uns Wirklichkeit werden! Wir müssen für eine vernünftige Regelung der Reparationen, die Deutschland und Europa aus dem Kriegsjahr kriegsgeplagt besteht. Wie wollen die Erhaltung der Reichseinheit, der Demokratie, der Republik?

Die Kundgebung wurde einstimmig angenommen. Mit dem Gesang von „Deutschland, Deutschland über alles“ schloss der öffentliche Teil des Parteitages.

Verantwortlich: Für Politik und Politwirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Denkmal Hermann Bauer; für Industrie: Carl Leuchhardt. Verleger: Carl Leuchhardt. Druck von Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck

„Herr. Icken!“ die Frau ein Edelweiß, i und der Seppi. I bitte dich. Da und der Seppi haben's bald g'schaut.“

Damit streckten sich Wirkund die braunen Kindersäuschen mit einem Strauß von Edelweiß entgegen.

In froher Überraschung lag i die beiden bergfrischen Mädchen an sich und ließ die prächtlichen Blumensträuße aus einem Strauß in den Schoß treten. Aber als sie den främischen, braunen Lederholzknecht lustig fragte, wo er und seine Monika diese einzige schönen Blüten gefunden hätten, schaute er sie mit seinen dunkelbraunen, jetzt schwermüdig schauenden großen Augen nur lächelnd an, und auf seinem Rüttelmund hatte ein großer Milchzahn und drollig daneben ein kleiner Bubenzahn.

Monika hingegen lärmte unter dem blonden Zöpichenstrauß die Blonderäuberin und berichtete:

„I und der Seppi sind am Grünstein auch 'Krieg', und wies mit den braunen Kindern in der riesigen, grünblättrigen Steinwand zur Linien der Hochhöhe; „Ach, da oben, sieht net das Grasband?“ I und der Seppi — und wann's du g'nau h'chaust, hoch auch Gammlen acht!“

„So hoch waren ihr gestiegen! O wie feal! Wenn ihr nun da heruntergestürzt wäret, ihr vollzähnigen Zöpichen!“

Seppi schüttelte energisch den braunen Kopf, er war in diesem letzten Trost ein Bild von wilder, malerischer Schönheit, und seine Räucheraugen funkelten von innerster Abenteuerlust und Kühnheit. Monika indessen lächelte mit den hellen Güsten und sprach mit üblicher Größenstimme in überlegener Höchstheit:

„I und der Seppi, wir zwei tun sich nüd' vorchten. Wo die Gams steigt, da tut i alsweil kraxeln, i und der Seppi. Mei Mutterli sagt, i und der Seppi sind nimmer allein, 's geht halt ein Engeldind vom Herrgott allweil weit. Almai da bin i freisch' beim herunterstiegeln, aber gleich hat mi der Seppi noch grad an 's Haar past. Gelt, Seppi!“

Der kleine Braundüngige mit den flammenden Babenäpfchen stand wie die verzogene Alte und Kühnheit der Berge sperrte sich gegen den Wirkens Knie, hatte zutraulich den Elfenbogen darauf gestemmt und das Kinn in die Faust gedrückt und schwiegend seiner Monika zugehört. Nur ein ganz kleines, selbstbewusstes Lachen huschte über das Babengesicht unter dem vorwegenen Hut.

Da nahm ihn Wirkund, lächelte den braunen Burschen in Lust und schämter Bewegung auf den Mund und desgleichen die sonnenhelle Monika.

„Soll ich euch mitnehmen in die Welt hinaus als meine guten, lieben Engel?“ lagte sie mit dem heitersten Lächeln, aber die Schatten dunkler Zukunftsgedanken verbargen sich in den großen sprechenden Augen.

„Willst fort?“ fragte Seppi erstaunt, und seine nachdrücklichen Träumeraugen guckten lädiig wissbegierig zu ihr auf. Es war das erste Wort, das er sprach, ohne zu ahnen, wie schwer es wog.

Sie blieb auf in die gewitterdässre Bergwiese, und ihre Augen verirrten sich geistesabwesend in die Ferne.

„Wer weiß wohin?“ sprach sie langsam und verloren. (Fortsetzung folgt.)



Arb.-Sold.-Bund
„Solidarität“
Ortsgruppe Lübeck

General-Versammlung

Heute
Mittwoch, d. 9. April,
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Um zahlreiches Er-
scheinen bittet (469)
Der Vorstand.



Donnerstag,
den 10. April, abends 8 Uhr
Zentral-Hallen

Versammlung

Tages-Ordnung:
Vortrag des Abgeord-
neten Herrn Ladendorf-
Berlin über die Steuer-
notverordnung usw.
487) Der Vorstand.

Trocadero.

Schlüsselbad. 4. F. 787

Gummimusik-Konzerte.

Samia-Theater.

Heute
Mittwoch 8 Uhr:
Doppelgästspiel
Paul Schüller
u. Dir. O. Erasmi.
Zum letzten Male:
„Die kleine
Gänseliebin“

Ab Donnerstag 8 Uhr:
Gästspiel (471)
Paul Schüller
und Wiederauftreten
von Henry Vahl.
Zum ersten Male:

Der Baron.
Operettentheater in 3
Akten von Rollo.

Großtheater Lübeck.

Donnerstag 7.30 Uhr:
Die Wildensteine. (456)
Freitag 7.30 Uhr:
Die Boheme.
Sonnabend 7 Uhr:
Lanhäuser.

für die Reinmädchezeit

empfiehlt (494)

Natronionge, Seifenstein,
Stahlspäne, Bohnerwachs

Diana-Glanz-Lacköl

Schrubber, Seifenbüsten,
Fußmatten, Tapeten usw.

Diana-Drogerie Paul Stammer
Glandorpstr. (Opp. Warendorffstr.) Tel. 8614.

Jeder Käufer sollte sich überzeugen von meinem
staunend billigen Angebot in

Qualitäts - Tabaken!

Der weite Weg lohnt sich!

Adolf Linow, Engelgrube 51.

Zum Kuchenbadchen

empfiehlt ich (449)

Pd. weißes Mehl.

Pfd. 18 Pfg. u. 20 Pfg.

Rönen 1/4 Pfd. 23½

Körnchen 1/4 Pfd. 23½

Baumwolle „Marte Peimer“

gebraucht jeder Kenner

— Tüte 7½ —

Alfred Müller

Verkauf nur Hohenlohestr. 6, dt., hinten.

Gratulationskarten zur Konfirmation

in reicher Auswahl

Buchhandlung

Gebr. Stegert & Co.

(Lübecker Goldschmiede).

Bill. Nachhol. Verkauf!

Gläserne Warenei 3

H. Kleib, Weinhändler

1520 v. Alte-Stadtstr. 14

Ambulanz- und Mag-

azinen werden aus-

gesetzt (481)

2. Juni 1924.

Wohlfühlwelt nachhaltig

und billig geschlossen. (482)

Schlichting, Leder-

waren 83.

Für Balmoral-

und Okern

empfiehlt edle

Steife-

und Wurfsorten,

in besserer Qualität

am ganzen Tag erzielten.

Otto Reining

Schlachterei (488)

und Wurstfeierl.

Seitigen fronte Uhr

Die Uhr zum billigen Preise (480)

Hundekr. 32.

Schrankenlose Münze.

Platten von (481)

Hugo Salomon,

Traveimannstr. 25.II.

— Preis 1.— 251. —

Donnerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

W. Both,

Glockengießer. (484)

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

W. Both,

Glockengießer. (484)

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

W. Both,

Glockengießer. (484)

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

abends 8 Uhr bei

G. Preisskat

Dennerstag, 10. April,

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 9. April.

40 000 Mark für Baugelände.

Die Arbeiten in Angriff genommen.

Der Bürgerschaft geht eine Vorlage zu, in der die Behörde die Bewilligung von 40 000 Goldmark für die Erweiterung von weiterem Gelände für den Wohnungsbau beantragt. Der Senat ist bereit, dem Antrage zu entsprechen, und stellt demgemäß zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: daß der Baubehörde 1. für den Ausbau der Lauerhöfstraße von der Schönkampstraße bis an die Lützowstraße; 2. für die dritte Erweiterung der Siedlung an der Gartenergasse; 3. für die Erweiterung der Siedlung an der Brandenbaurner Landstraße; 4. für die zweite Erweiterung der Siedlung an der Dornbreite; 5. für die Erweiterung der Siedlung an der Vorradestraße; für den Ausbau eines Teiles der Radeburger Allee gegenüber der Heilanstalt Streditz der Gesamtbetrag von 40 000 Goldmark zur Verfügung gestellt und daß diese Summe in den diesjährigen Haushaltssplan eingesetzt werde.

Bei der Eilbedürftigkeit der Sache hat der Senat die Behörde ermächtigt, mit den Arbeiten sofort zu beginnen.

Zur Reichstagswahl.

Noch mehr volksparteiliche Durchfallkandidaten. Wie die bürgerliche Presse berichtet, hat der Wahlkreis Mecklenburg-Lübeck der Deutschen Volkspartei außer dem bisherigen Abg. Dr. Piper noch folgende Kandidaten für die Reichstagwahl aufgestellt: Kahlen, Gewerkschaftsführer des G.D.A. für den Bau Mecklenburg-Lübeck, Studienrat Knöke (Lübeck), Dr. Detmering (Schwerin) und Dr. Faust (Schwerin).

F. Wählerversammlung. Am Dienstag fand in der "Gloria" eine öffentliche Beamtensammlung der Deutschen Volkspartei statt. Als Referent war Morath mit seiner Verbreitungskunst erschienen, der über den Existenzkampf der Beamten sprachen wollte. Jedoch haben die etwas über 200 anwesenden Damen und Herren nichts von Richtlinien usw. über den Existenzkampf zu hören bekommen. Sonder Morath konnte nur seine alten Märsche vorlesen. Natürlich muß die Sothe ein bißchen nach dem Wind gestellt werden und demzufolge muß man auch so ein bisschen "national" und "völkisch" sein. Die Ausprache eröffnete der abgebauten Universal-Künstler Julius Klein. Unser Sprecher, der Genosse Frost, stellte darauf auch zu Anfang seiner Ausführungen fest, daß Klein heute weiter nichts mehr wäre als ein politischer Zirkuskünstler. Frost schüttete mit aller Deutlichkeit unser Standpunkt zur Beamtenhaft heraus. Aber es hält schwer, der Beamtenhaft einige nadeln, unantastbare Wahrheiten klar zu machen. Einige nebst ihrem Morath können oder wollen es nicht verstehen. Nach einem Oberlehrer kam sodann Windish. Er meinte, daß alle Parteien ver sagt hätten, nur die KPD nicht. Also, Beamte, so läuft der Hose. Ja, das sind Reklamehelden, weiter nichts! Nachdem einige unverständliche Blicke vom Vorstandsstuhl geworfen wurden, zähmte Dr. Bauer, das örtliche Paradespferd der Beamtenhaft in der Volkspartei, auf. Als unbekanntes, von Politik nichts ahnendes Kind stellte sich der gute Bauer vor. Aber hier genau so wie in der Bürgerschaft, immer dem Wahlspruch der Volkspartei gemäß: Kaufschiff ist die Grundlage. Als Mensch kann einen Breitling in seiner ungünstlichen Lage leid tun. Aber er will es ja nicht anders haben. Die Beamtenhaft wird aber auch hier bei nächster Beurachtung ihre Lehren gezogen haben. Hoffentlich bringt sie nun auch den Mut auf und macht sich frei von diesen Parteien, die weiter nichts kennen, als die Verachtung kapitalistischer Profitinteressen.

Bürgerschaftssitzung! Sonnabend, 6 Uhr, Sitzung im Rathaus. Erscheinen Pflicht.

Vorstand und Ausschuß, Bezirksführer und Ortsgruppenvorsteher. Freitag, den 11. April, abends 7 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftshaus. Wichtige Tagesordnung.

Stadttheater. Bertha von Steinbue von dem Theater "Die Tribune" und vom "Lustspielhaus" Berlin wurde für die nächste Spielzeit dem Schauspiel verpflichtet. Pr. von Steinbue spielt im Mai im Lessingtheater in der Uraufführung "Atta" von Erik Schwiesow die weibliche Hauptrolle.

Herr Erich Fuchs vom hiesigen Stadttheater, unjet trefflicher Bassist, verläßt uns. Der allgemein beliebte Künstler wurde unter den besten Bedingungen ab kommender Spielzeit dem Chemnitzer Opernhaus als erster Bassist verpflichtet.

Technische Hochschule. Infolge plötzlich eingetretener Beeinträchtigung eines Vortragenden muß eine Verschiebung eintreten. Der Vortrag von Professor Dr. Leibniz aus Berlin über "Drahtlose Telegraphie und Telephonie und ihre Anwendung im modernen Verkehr" wird auf Freitag, den 11. und Sonnabend, den 12. April verlegt, während Stadtbaurat Wolf-Dresden über "Formprobleme des modernen Städtebaus" am Dienstag, dem 13. und Mittwoch, dem 14. April spricht. Die gelösten Karten haben Gültigkeit für das Vortragsthema, nicht für den Tag, der auf ihnen verzeichnet ist.

Stadttheater-Vielpiele. Nachdem Chaplin in seinem Film "The Kid" jung und alt entzückt hat, übt er in dieser Woche durch Verwirrung und Vermüllung eines Filmateliers seine Anziehung aus. Es ist schon ein älterer Chaplin-Film; aber dieser Komödie steht mit seinen Leistungen einzig da und man muß über seine originellen Einfälle immer wieder lachen. Das Wildwestdrama "Die Rache der Tänzerin" ist in den meisten, von Gebirgsfelsen umsäumten Prärien aufgenommen und veranschaulicht das wilde Leben der fahrlässigen Texas-boys. Die Hauptnummer des Programms ist der Ufa-Film "Tatjana" mit der russischen Schauspielerin Olga Tschechowa in der Titelrolle. Die Erzeugnisse der Ufa zählen in bezug auf Regie und Technik immer zu den besten Filmen des deutschen Marktes. Das Stück spielt in Russland. Kürtenherrlichkeit russischer Justiz, Barenaustand und Vertreibung des Adels bilden den Inhalt. Liebe, Betrug und Mord sind wie gewöhnlich die Hauptmotive der Tragödie. Die Photographie ist ausgezeichnet. Die Aufnahmen in verschiedenen Wäldern sind von seltener Klarheit. Schlittenfahrten mit kleinen Rossen über weite Gefilde geben den Charakter der russischen Landschaft gut wieder.

Steuersachen.

Einkommensteuer- und Körperverfahrtsteuer-Vorauszahlungen und Voranmeldungen für das erste Kalendervierteljahr im April.

Nach der zweiten Steuernotverordnung sind eine Reihe von Steuerpflichtigen verpflichtet, nach Ablauf eines jeweiligen Kalendervierteljahres Voranmeldungen abzugeben und Vorauszahlungen für 1924 zu entrichten.

1. Wer ist vorauszahlungs- und voranmeldungspflichtig?

a. Bis zum 10. April sind zur Entrichtung von Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperverfahrtsteuer und zur Abgabe von Voranmeldungen ohne besondere Aufforderung verpflichtet:

- Personen, die im abgelaufenen Kalendervierteljahr (1. Januar bis 31. März 1924) Einkünfte
 - aus Gewerbebetrieb,
 - aus Vermietung und Verpachtung,
 - aus freiem Berufe und anderer selbständiger Arbeit,
 - aus sonstigen Einnahmen (z. B. Renten, Spekulationsgewinne)

bezogen haben, wenn die Betriebseinnahmen oder Roheinkünfte insgesamt mehr als 500 Mark betragen haben;

- Lohnsteuerpflichtige, wenn sie die im gleichen Zeitraum nur Arbeitslohn von mehr als 2200 Mark oder Arbeitslohn und Einkünfte der oben bezeichneten Art von zusammen mehr als 2200 Mark bezogen haben.

b. Offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften für ihre Gesellschafter, Kommanditisten usw., wenn die Betriebseinnahmen mehr als 500 Mark betragen haben.

c. Körperverfahrtsteuerpflichtige Erwerbsgesellschaften, wenn die Betriebseinnahmen mehr als 500 Mori betragen haben.

d. Zur Abgabe einer Voranmeldung ist außerdem jeder verpflichtet, wer hierzu vom Finanzamt besonders aufgefordert wird. Die Aufforderung kann sich auch auf die Höhe des Verbrauchs erstrecken.

2. Wie hoch ist die Vorauszahlung?

Wahrgenommen sind die Vorrichtungen im Art. 1 § 8 3 bis 15 der zweiten Steuernotverordnung und die dazu erloschenen vier Durchführungsbestimmungen, die im Reichsmaterialblatt und Reichssteuerblatt abgedruckt sind.

e) Bei Gewerbebetrieben betragen die Vorauszahlungen grundsätzlich 2 v. H. der Betriebseinnahmen nach Abzug der Löhne und Gehälter, soweit sie dem Steuerauszug unterliegen. Zur besseren Anpassung an das inzwischen die Einkommen sind für verschiedene Erwerbszweige Sonderbestimmungen erlassen, von denen die wichtigsten folgende sind:

f) Industrie. Einkommensteuerpflichtige Einzelunternehmen können ohne die Löhne und Gehälter im einzelnen nachweisen zu müssen, hierfür einen Pauschalbetrag von 25 v. H. der Betriebseinnahmen abziehen und vom Rest 2 v. H. ohne weitere Abzüge zu zahlen; Körperverfahrtsteuerpflichtige industrielle Erwerbsgesellschaften können monatlich 1 v. T. ihres Vermögens entrichten.

g) Handwerk. Handwerker zahlen grundsätzlich 12 v. H. der Betriebseinnahmen ohne jeden Abzug. Für gewisse Gruppen (Bäcker, Fleischer, Maurer, Zimmerer, Schirmacher, Seiler) gilt ein ermäßigter Satz von 9,8 v. H. der Betriebseinnahmen ohne jeden Abzug. Reine Brotdräderien, die lediglich an Wiederbeschaffern verlaufen und kein Ladengeschäft haben, zahlen 0,6 v. H. Dagegen gilt ein erhöhter Satz von 2 v. H. ohne jeden Abzug. In folgende Handwerker: Baudenzen, Dekoratoren, Kürschnerei, Kästner, Konditoren, Kürschner, Messerschmiede-Schleifer, Modisten, Optiker, Posamentiere und Stricker, Puschmacher, Schlossbauer, Schneider, Schornsteinfeger, Tapezierer, Vermüller, Wäscherei und Plättler.

h) Großhandel. Der Binnengroßhandel zahlt grundsätzlich 1 v. H. ohne jeden Abzug. Für eine Reihe von Artikeln und für Ein- und Ausfuhrhandel gelten weiter ermäßigte Sätze.

i) Einzelhandel. Im Einzelhandel beträgt der Satz bei reinem Lebensmittelhandel 0,7 v. H., im übrigen 1,2 v. H., im Gemischtwarenhandel 0,95 v. H.

j) Gastwirtschaft. Gast- und Schankwirte haben regelmäßig zu entrichten 1,5 v. H. ihrer Gesamteinnahme abzüglich der dem Steuerauszug unterworfenen Löhne und Gehälter; der gemeindlichen Fremden- und Beherbergungssteuer, sowie der Gemeinde-Gastronomie.

k) Ein bedauerlicher Unglücksfall mit Todesschlag ereignete sich am Dienstag auf dem Flenderwerk. Dort wurde der etwa 30jährige Ingenieur Hagedorn zwischen Kraft- und Arbeitswagen so unglücklich gedrückt, daß ihm der Brustkorb eingedrückt wurde. Der Bedauernsmerke verstarb auf dem Transport zum Krankenhaus. Der Kraft soll von einem nicht fundigen Führer bedient werden sein.

Einigungsversuche im Werftarbeiterstreit.

Nachdem der Streit der Werftarbeiter jetzt bereits sieben Wochen andauert und die Einigungsverhandlungen bisher einen Abschluß des Wirtschaftskampfes nicht zu erreichen vermögen, sollen jetzt neue Versuche gemacht werden, den Streit ein Ende zu machen. Die Verhandlungen, bei denen Dr. Stenzel als Schlichter fungieren wird, nehmen am Donnerstag vormittag 10 Uhr im Gewerbehaus in Hamburg ihren Anfang. Beide Parteien haben zugesagt, ihre Vertreter zu entsenden.

Im Rüstingen haben unter dem Vorsitz des Stadtrates kleine und in Anwesenheit von Vertretern des Deutschen Metallarbeiterverbandes, den Deutschen Werken und der Leitung der dort Ausgesetzten bereits Verhandlungen stattgefunden. Diese haben zu bestimmtem Vorschlag angesetzt. Neben Annahme oder Ablehnung dieser Vorschläge wird eine Versammlung der Ausgesetzten entscheiden.

Zur Bewegung auf dem Hochsenwerk.

Drei Wochen lang bereits der Kampf um die Arbeitszeit auf dem Hochsenwerk und noch immer ist keine Aenderung eingetreten. Noch heute glaubt die Direktion unter allen Umständen den Herrnstandpunkt heraustreten zu müssen. Durch Annoncen in den Zeitungen versucht man fremde Arbeitskräfte heranzuziehen. Man versucht ferner, die Arbeiter durch öffentliche Auflösungen zu erzwingen, indem man ihnen erklärt, wenn sie jetzt nicht die Arbeit aufnehmen, können sie überhaupt nicht wieder damit rechnen, auf dem Werke beschäftigt zu werden. Diese Auflösungen bewirken, daß es der Direktion immer noch nicht gelingen will, die rüden Arbeitskräfte heranzuziehen, um das Werk in Betrieb zu setzen, und es wird auch niemals gelingen, wenn die Arbeiterhaft sich einig bleibt. Ganz besonders wird es nicht gelingen, die nötigen Facharbeiter zu bekommen. Wenn einzelne der früheren Arbeiter ihren um ihre Menschenrechte kämpfenden Kollegen in den Rücken gefallen sind, so ist das tief bedauerlich.

2. Für Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, aus freiem Berufe und anderer selbständiger Arbeit, aus kapitalien Einkünften (z. B. Renten, Spekulationsgewinne) bemessen sich die Vorauszahlungen nach dem Überschuss der Einkünfte über die Werbungskosten. Hierzu sind zu zahlen: von den ersten 2000 Mark des Überschusses 10 v. H., von dem weiteren Beträgen 20 v. H. Der Satz von 10 v. H. erhöht sich jedoch um 1 v. H. für jenen zu berücksichtigenden Familieneinkommen. Die gleiche Regelung gilt für Angehörige bestimmter anderer Erwerbsgruppen (z. B. Büchereireihen, Dienstleistungen, Frachtführer, Handelsmatier, Handelsagenten, Rechtskonsulenten, Expedienten).

3. Für Lohnsteuerpflichtige, die in einem Kalendervierteljahr nur Arbeitslohn von mehr als 2200 Mt. oder Arbeitslohn und Einkünfte der in Ziffer 2 bezeichneten Art von zusammen mehr als 2200 Mt. bezogen haben, gilt der gleiche Steuerstab wie für Angehörige freier Berufe. Auf den Vorauszahlungsbetrag wird aber die bereits durch Abzug vom Arbeitslohn entrichtete Steuer angetreten.

4. Mindesthöhe der Vorauszahlungen.

Die zweite Steuernotverordnung sieht vor, daß sowohl physische Personen, als auch Gewerbsgesellschaften gemäß Mindestbeträge an Vorauszahlungen zu leisten haben, die auch dann zu zahlen sind, wenn die nach 2. ordnungsmäßig erfassten Beträge geringer sind. Die Mindestbeträge bemessen sich:

a) bei physischen Personen nach dem Verbrauch. Hat in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1924 der Verbrauch nicht als 2000 Mt. betragen so sind von den ersten 2000 Mt. des Verbrauchs 10 v. H. unter Berücksichtigung der Erhöhung nach dem weiteren Beträgen des Verbrauchs 20 v. H. zu zahlen, wenn der so erreichte Betrag um mindestens 25 % größer ist als der nach den allgemeinen Vorrichtungen erreichte Vorauszahlung. Beispiel: Ein unverheirateter Steuerpflichtiger hat an Vorauszahlungen für Januar bis März 1924 nach den allgemeinen Vorrichtungen 500 Mt. zu zahlen. Sein Verbrauch hat 5000 Mt. betragen, davon wären 500 Mt. zu zahlen, und um ein Viertel höher als 500 Mt. infolgedessen hat dieser Pflichtige von sich aus 600 Mt. unter einer Abrechnung der bereits für dieses Vierteljahr geleisteten Vorauszahlungsbeträge zu entrichten.

b) bei Gewerbsgesellschaften nach dem Vermögen. Gewerbsgesellschaften, die nicht nach dem Vermögen, sondern nach den Betriebseinnahmen abzüglich der Löhne und Gehälter Vorauszahlungen leisten müssen mindestens 1 v. T. ihres Vermögens zu zahlen.

5. Entrichtung der Vorauszahlungen und Abgabe der Voranmeldungen.

Die Zahlungen sind ohne besondere Aufforderung an das zuständige Finanzamt zu entrichten, und zwar dann, wenn Vorbrüche zur Voranmeldung nicht vorgegangen sind. Die Voranmeldungen sind an das zuständige Finanzamt zu entrichten. Vorbrüche werden den Steuerpflichtigen ordnungsgleich zugewiesen. Soweit jedoch die Steuerpflichtigen zur Abgabe einer Voranmeldung verpflichtet sind, besteht diese Verpflichtung auch dann, wenn keine Vorbrüche angezeigt werden. Die Vorbrüche sind in solchen Fällen von dem zuständigen Finanzamt einzusezieren.

6. Zusätzliche Steuerpflichtige, die nicht pünktlich zahlen, haben hohe Verzugszuschläge zu entrichten, außerdem Zwangszollstreikung wegen des rücksichtigen Verregen zu gewähren.

7. Unterstellt bleiben die Bestimmungen, die für die Landwirtschaft Gültigkeit haben, die Vorauszahlung nach dem Vermögenswert innerhalb eines Vierteljahrs, und für die Gewerbetreibenden, die monatlich Voranmeldungen abzugeben und Vorauszahlungen zu entrichten haben.

und mit der Ehre eines anständigen Arbeiters nicht vereinbar. Aber auch diese Leute werden noch einmal erkennen, wie schwer sie sich an sich selbst und an ihren Arbeitskollegen verhindigen haben. Auch die Direktion wird noch einmal einsehen, wie ungern sie gehandelt hat, indem sie ohne gelegliche Umverlagen den Arbeitern eine Arbeitszeit aufzwingen will, die nicht zu einer Steigerung der Leistung des einzelnen führt, sondern das Gegenteil erreichen wird.

Unmehr ist auch durch den Beschluß des ordentlichen Gerichtes festgestellt, daß das Hochsenwerk von seinen Arbeitern eine unangemessene Arbeitszeit verlangt. Nach der Verordnung über die Arbeitszeit kann eine verlängerte Arbeitszeit nur durch Tarifvertrag oder die Zustimmung des Gewerbeaufsichtsgerichtes eingeführt werden. Beide Voraussetzungen sind nicht gegeben, vielmehr hat das Hochsenwerk dadurch, daß es den Arbeitern angedroht hat, ihnen nicht nur die Arbeitsstelle, sondern auch die Wohnung zu nehmen, die Notlage der Arbeiterin in gefährlicher Weise ausgenutzt und sich dadurch strafbar gemacht. Wir dürfen wohl annehmen, daß sich die Gerichte noch mit der Angelegenheit befassen werden.

Wir möchten deswegen noch einmal an die kämpfenden Arbeiter des Hochsenwerks die dringende Mahnung richten: Solltet aus in Euren gerechten Kampf um Menschenrechte. Aber auch an die Arbeitslosen, die vielleicht auf die Krieger in der bürgerlichen Presse hereinfallen wollen, richtet wir das dringende Ersuchen: Fällt Euren kämpfenden Brüdern nicht in den Rücken. Die Hochsenarbeiter kämpfen dafür, daß auch Ihr einen Platz in dem Betrieb findet.

Nebt Solidarität!

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Lübeck.

J. A. A. Löwig.

Kommunistische Macht.

Wieder einmal ist es den Kommunisten gelungen, große Teile der Gewerkschaften in ihren geringen Bezügen zu säubern. Auf Grund eines Beschlusses, der unter Leitung des sog. kommunistischen Gewerkschaftsrates gesetzt ist, sind die Rostlands-Arbeiter eingetellt worden. Anzoblich, um Tariflöhne zu erhalten. In Wirklichkeit aber benutzen die Kommunisten diesen Anlaß, um Unruhe in die Reihen der Gewerkschaften zu tragen. Die Vertreter der Gewerkschaften im Verwaltungsausschuß beim öffentlichen Arbeitsausschuss, die schon von jeher für eine Aufstellung der Bezüge der Erwerbslosen eingetreten sind, haben diese Forderungen auch in der Dienstag-Sitzung des Verwaltungsausschusses mit allem Nachdruck vertreten und erreicht, daß nach den Oster-

hagen eine vollständige Aenderung in den Notstandsarbeiten eintritt, wodurch eine wesentliche Besserung der Bezüge der Erwerbslosen erreicht wird.

Die Erwerbslosen tun gut, den kommunistischen Parolen kein Gehör zu schenken, denn für diese Leute ist nicht die Notlage der Erwerbslosen maßgebend, sondern ihr Parteientereise. Wie sieher sich mit den Arbeiterinteressen vereinbart, ist zur Genüge bekannt.

Erwerbslose, lasst Euch nicht vor den Karren der Kommunisten spinnen!

Gestreik in der Arbeitsgemeinschaft.

Die Bauflosser, Bauklemperer, Elektriker, Schmiede und Automobilflosser (Arbeitsgemeinschaft) haben heute früh wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt. Schon seit Monaten versuchen die bei der Arbeitsgemeinschaft beschäftigten Arbeiter eine erträgliche Regelung ihres Lohnes herbeizuführen; bisher aber immer mit recht wenig Erfolg. Eine Festlegung der Löhne mit den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft in freier Vereinbarung ist fast niemals gelungen, sondern immer mußte erst der Schlichtungsausschuß angerufen werden und recht häufig mußten wir es erleben, daß Schiedssprüche, die den Arbeitgeber nicht paßten, einfach abgelehnt wurden. So auch dieses Mal. Die Arbeiter hatten eine Forderung von 65 Pf. pro Stunde aufgestellt, eine Forderung, die niemand als zu hoch bezeichnen kann, zumal wenn man bedenkt, daß es sich hier um hochqualifizierte Arbeiter handelt. Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft hielten es nicht einmal für notwendig, auch nur ein Angebot zu machen, sondern verschloßen sich hinter den Löhnen, die in der Metallindustrie gezahlt werden, ohne aber den Mehrverdienst, der hier durch Akkordarbeit erzielt wird, zu berücksichtigen. Der Schlichtungsausschuß, der angerufen wurde, fällte einen Schiedsspruch von 56 Pf. in der Spalte, der von den Arbeitnehmern nach schweren Bedenken angenommen, von den Arbeitgebern, wie schon so oft, ohne jede Begründung abgelehnt wurde. Die Arbeiter nahmen gestern in einer Versammlung zu dem Vorgehen des Arbeitgebers Stellung und beschlossen, daß heute morgen auf der ganzen Linie die Arbeit eingestellt würde. Der Beschuß ist restlos durchgesetzt. Hoffentlich kommen die Innungsmeister nun mehr auch zu der Erkenntnis, daß es besser ist, wenn man mit den Arbeitern eine Vereinbarung herbeizuführen sucht, als wenn man sie in der Weise drückt, wie es bisher bei der Arbeitsgemeinschaft üblich war.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Lübeck.

J. A. L. Löwigt.

Die Reichswohnungsfürsorgezeitung eGesell

für Beamte, Angestellte und Arbeiter hat eine neue Zeitschrift, heißt „Wohnungswirtschaft“ herausgegeben. Das erste Heft ist als illustriertes Doppelheft erschienen. Die Zeitschrift entspricht ein Zentralorgan für die Wohnungspolitik der Städte, Gemeinden, Baugenossenschaften, Siedlungsgesellschaften und Mietervereine zu werden, und das Problem des Wohnungsweisen von gemeinschaftlichen Standpunkt aus zu behandeln. In der „Wohnungswirtschaft“ sollen in erster Linie die Pioniere der „Lad“ zu Wort kommen. Das erste Heft enthält Artikel über: Wie müssen Städte, Gemeinden, Kreise und Provinzialverwaltungen die Wohnungsbau für die minderbevölkerten Volkskreise fordern? — Der Wohnungsbau in Klein- und Großstädten. — Volkswirtschaft und Wohnungsnorm. — Die Logik der behördlichen Platzzusammenbildung. — Das Kataloghaus. — Ferner befinden sich in dem Heft Abhandlungen von einem großzügig durchgeföhrten Siedlungswett für Beamte, Angestellte und Arbeiter in Berlin-Schöneberg.

Der von tiefsinniger Sachkenntnis erfüllte Inhalt der ersten Nummer der „Wohnungswirtschaft“ wird von allen im Wohnungswesen tätigen Gemeindevertretern, Beamten, Gewerkschaftern, sowie von den Vorständen der Baugenossenschaften, Siedlungsgesellschaften und Mietervereinen mit der Genugtuung rezipiert werden, daß der sozialen Wohnungspolitik endlich ein Zentralorgan entstanden ist, das dem Wohnungswesel und der Wohnungsnorm ernsthaft und ratsäsig entgegentreten wird.

Wir empfehlen darum unseren Lesern dringend, die am 1. und 15. eines jeden Monats erscheinende „Wohnungswirtschaft“ zu abonnieren. Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennige oder vierjährlich 1,50 M. Beteiligungen auf die Zeitschrift nimmt die Buchhandlung des Lübecker Volksberet und jedes Postamt entgegen. Gegen vorherige Einwendung des Quartalsbezuges kann die Zeitschrift auch von der Reichswohnungsfürsorge-LG. für Beamte, Angestellte und Arbeiter, Berlin S. 14, Tafelstraße 6, bezogen werden.

Aus dem Polizeibericht. Wegen scharfälzerter Brandkissen wurde ein 28jähriger Arbeiter aus Kreuzbau festgenommen. Er befand sich auf der Wanderschaft und hatte sich an einen auf der Harsdorfer Feldmark befindlichen Stromdienst geleistet, angeblich um dort zu übernachten. Er hatte eine Peitsche geschnitten und war wahrscheinlich mit einem Bündelholz oder glimmendem Tabak unzulässig gewesen, jedoch der Stromdienst Feuerung und rotes aufbrannte. — Gefangen worden wurde ein Arbeiter von hier, der aus einem Haushalt der Bürgergrube 5 neue Weidenförde geholt hatte. — Aus einer Kolonialwarenhändlung in der Hundestraße wurden 4 Pfund Äpfel, 2 Pfund Kartoffeln, 20 Tafeln Schokolade, 6 Kugeln und verschiedene andere Lebensmittel sowie einiges Weißgold gekauft.

Der Streit auf den Holzlagerplätzen ist durch gegenseitige Verständigung beigelegt. Die Arbeit wird am 9. April im vollen Umfang wieder aufgenommen.

Deutscher Verlehrerverband, Ortsverwaltung Lübeck.

Infolge des Streits auf dem Hochmoor ist über den Betrieb die Sperrung verhängt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Raubdruck gebeten.

Da die hierigen Bauflosser, Bauklemperer, Elektriker, Schmiede und Automobilflosser sich im Streit befinden, ist der Zugang leichter Arbeitskräfte nach Lübeck streng fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Raubdruck gebeten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Lübeck.

Hinweis auf Berichtigungen, S. daz u. d.

Achtung, Parteigenossen! Die Parteiabzeichen sind eingezogen und können im Sekretariat, Johanniskirche, 48, entnommen werden.

Freier Grundeigentümerverein. Heute abend 7½ Uhr im Geschäftsräume: Versammlung. Alle müssen erscheinen!

Stadttheater. Heute Mittwoch „Najaran Hochzeit“. Den Abend wird Herr Peter Mainzberg aus Bielefeld auf Einladung folgender Bühnensetzung „Die Wilden“ treten: „Die Seemeier“ Sonnabend 7 Uhr „Zannhäuser“. Die Partie der Eltern wird Frau Helga Körner von der Hamburger Volkssänger singen.

Drama-Theater. Heute Mittwoch 8 Uhr wird zum letzten Male „Die kleine Sünderin“ mit Paul Schäfer und Dir. O. Grasmi als Gäste gegeben. Ab Donnerstag täglich 8 Uhr abends solang mit Paul Schäfer als Gast „Der Fuxbaron“ zur Aufführung. Henry Wahl übernimmt die Rolle des „Fuxbarons“.

Schlutup. Sozialdemokratischer Verein. Mittwoch, den 9. April, ab 7½ Uhr bei Sabotowsky: Mitglieder-Versammlung. Gen. Dr. Mehrlein spricht über die kommende Reichstagswahl.

welt vorgetragene Diskussion das Ergebnis beeinträchtigt haben; etwa schuldige Beamte entsprechend zur Verantwortung zu ziehen. — Besser kann die Profitsucht der Handwerksmeister wirklich nicht illustriert werden. — Aber „national“ sind sie!

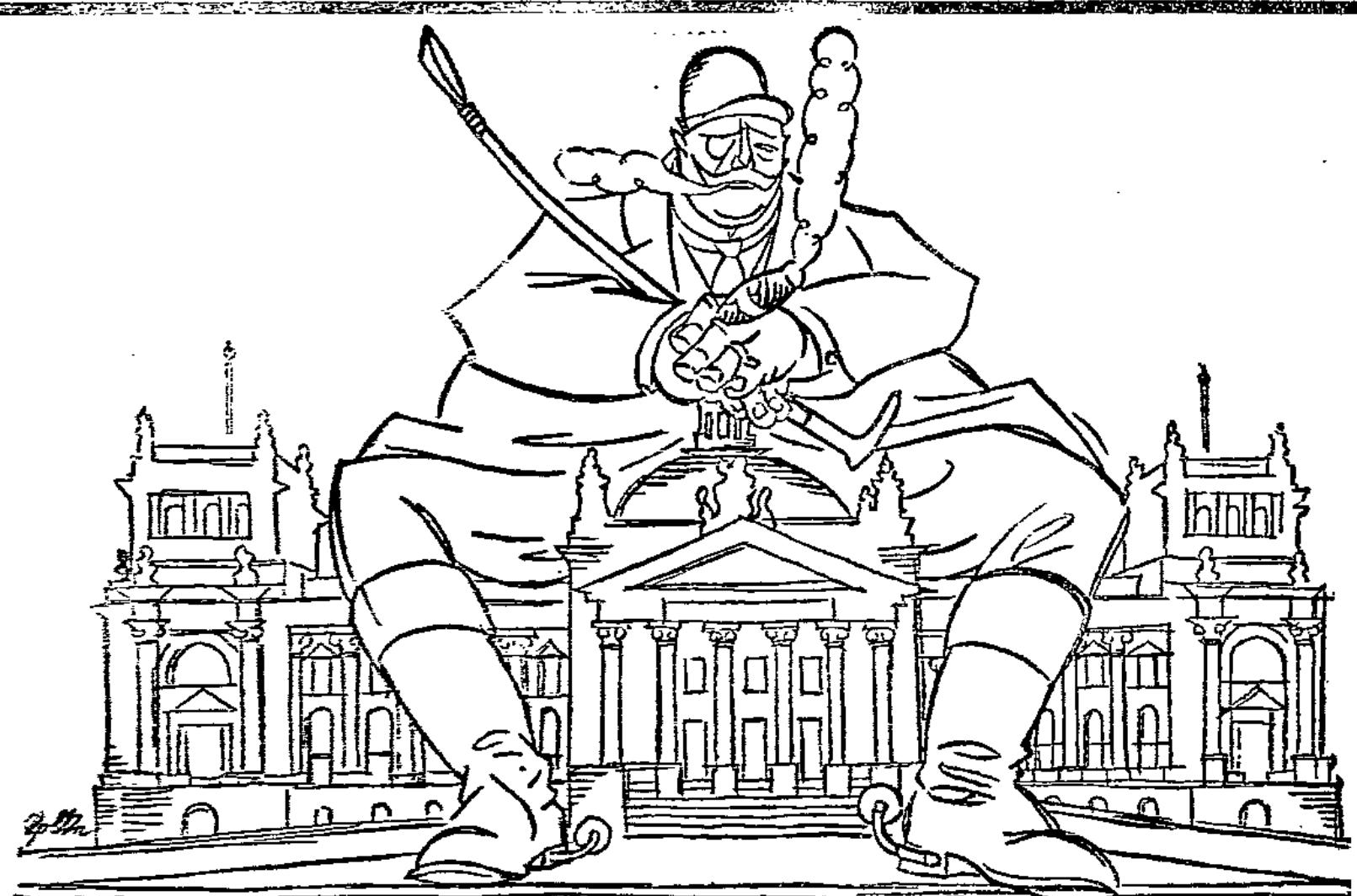
Hamburg. Großfeuer auf der Vulkanwerft. In der Nacht zum Dienstag brach in einem Vorhang zu einem infa 120 Meter langen, 40 Meter breiten Schuppen Feuer aus. Die Feuerwehr fand bei ihrem Eintreffen ein einziges Feuermeer vor, welches den Himmel weit hin röte. Es stand der große Schuppen mit seinem Vorhang in hellen Flammen. An dem Schuppen befanden sich circa 40 D-Zugwagen zur Reparatur. Im Schuppen befand sich eine Tischlerei und Schlosserwerkstatt. Gleich nach Entzünden der Feuerwehr erfolgten außerordentlich heftige Detonationen. In den Räumen lagen nicht völlig entzündete Kohlenstaubflächen, die unter der Hitze explodierten und zum Teil herausgeschleudert wurden. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschließen, die in der Umgebung befindlichen Gebäude vor dem Niedersinken der Flammen zu bewahren. Nach nundens-longer Arbeit war die Hitze des Feuers gebrochen. Leider sind bei der Bekämpfung des Brandes drei brave Feuerwehrmänner verunstaltet. Von dem großen Schuppen ragen nur noch einige Metallstützen zum Himmel. Die Eisenbahnen dürfen verloren sein.

Hamburg. Tagung des Nordwestdeutschen Verbandes der Gewerbelehrer und Gewerbelehrerinnen. Zum ersten Male wird Hamburg die Mitglieder des Nordwestdeutschen Verbandes der Gewerbelehrer und Gewerbelehrerinnen in seinen Mauern begrüßen können. Der Nordwestdeutsche Verband der Gewerbelehrer und Gewerbelehrerinnen umfaßt die Lehrkräfte an den Gewerbe- und Fachschulen unserer Nordwestdeutschen Heimat, den Hansestaaten, Schleswig-Holstein, Mecklenburg usw. Er ist als Bezirksverband des Reichsvereins der Gewerbelehrer und Gewerbelehrerinnen des Deutschen Verbands für den beruflichen Schulwesen angeschlossen. Er tritt ein für eine immer bessere Ausgestaltung unseres so lebenswichtigen gewerblichen Schulwesens und dementsprechend für die Hebung und Förderung des Gewerbelehrerstandes. Vorträge werden halten: Oberreizierungrat Dr. Herring über „Die Hochschulbildung der Berufsschullehrer“, Universitätsprofessor Dr. Petersen-Jena über „Sozialbiologische Probleme der Berufsschule“, Herr Gewerbeschulrat Oelstrug über die Organisation der Berufsschullehrer usw. Gleichzeitig hiermit wird im Gewerbehaus eine Ausstellung der Gewerbeschulen in Verbindung mit der alljährlichen Ausstellung der Gesellenstücke durch die Gewerbeämter stattfinden.

Bremen. Die Kommunisten als Verräter der Arbeiterinteressen. Radau- und Bultdeckel-Politik der Kommunisten in der Bremer Bürgerschaft. Die letzte Bremer Bürgerschaftssitzung war eine ununterbrochene Vorführung eines kommunistischen Spektakels. In der vorherigen Sitzung hatten die Kommunisten durch eine Rieden um mheit ihrer Fraktionsführung erreicht, daß die Anträge, die sich mit Streit, Arbeitslosenunterstützung, Arbeitszeit und Schlichtungsfragen, Polizeimäßigungen usw. befaßten, in einen Topf geworfen und zum Schluß überhaupt nicht mehr behandelt wurden, weil die Bürgerlichen die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbeiführten. Das war ebenso unklug, wie das kommunistische Verhalten dummk war. Diesmal wollten die Kommunisten ihren Fehler reparieren. Sie beantragten, sämtliche Tagesordnungspunkte, die Arbeiterfragen betrafen und die in der vorletzten Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit nicht verhandelt wurden, an erster Stelle zu verhandeln. Eine Geschäftsförderungsdebatte von 1½ Stunden segte deshalb ein, die ausgefüllt war durch ein müdes Gefobe und Bultdeckelkonzert der Kommunisten. Als Genosse Theil den Kommunisten ins Gewissen zu reden versuchte und sie darauf aufmerksam machte, daß sie nach vorgeschriebenen Methoden in allen Parlamenten die bürgerlichen Mehrheiten zu Haustuschoparagraphen mit Absicht provozierten, weil sie glauben, daß dies ihrer Propaganda dienlich ist, würdeten die kommunistischen Standardmacher noch gegen die Sozialdemokraten. Somit kam wieder deutlich zum Ausdruck, daß den Kommunisten gar nichts an der sachlichen Erledigung der Arbeiteranträge gelegen war. Es mußte Radau und immer wieder Radau gemacht werden. Die Folge war, daß die Bürgerlichen Schluß der Sitzung beantragten, der auch gegen die Stimmen der Linken beschlossen wurde. Ohne den zweck- und sinlosen Lärm der Kommunisten wären alle ihre Anträge erledigt worden. So aber hat die turkstanische Taktik die kommunistische Fraktion in eine Sacagae hineinmanövriert und zum Spott noch den Schaden gehäuft. Schaden nicht nur für das Häuslein hohlköpfiger Schwadronen, die irregelmäßige Wähler angeblich als Kommunisten in die Bürgerschaft schickten, sondern auch für die Allgemein- und Arbeiterinteressen. Die Kommunisten haben sich durch ihr Verhalten entlarvt und gekennzeichnet als Verräter der Arbeiterinteressen und Förderer der Kapitalsinteressen. Arbeiter, denkt daran am 4. Mai. Keine Arbeiterstimme den Moskaufrechten und Arbeiterverrätern!

Vermischte Nachrichten.

Ein Raubmord nach 1½ Jahren aufgeklärt. Ein Kapitalverbrechen, das in der Nacht vom 16. zum 17. August 1922 in der Gegend von Jüterbog verübt wurde, ist jetzt von der Berliner Kriminalpolizei aufgeklärt worden. Der Bierkuscher Haufe fuhr am 16. August mit einem Wagen der Schultekhbrauerei aus, um die Kundschaft zu versorgen. Am andern Morgen fand man ihn zwischen Langer-Lippe und Hohenahlsdorf tot im



Soll diese Clique wieder regieren? Dann wähle deutsch-national!

Chausseegraben liegen. Eine Kugel war ihm hinter dem linken Ohr in den Kopf geschossen worden und an der Schläfe wieder herausgetreten. Das Geld, das er auf seiner Rundfahrt bei der Kundshaft eingezogen hatte, war gekaut. Die Leiche war mit Garben zugedeckt. Das Feuerwerk stand abseits der Chaussee in einer Vertiefung. Nun ist es gelungen, als Täter einen wiederholt aus der Anstalt entwichenen Fürgesetzgeling festzunehmen.

Theater und Musik.

Der Arzt seiner Ehe von Altenstein ist kein erschütterndes Erlebnis. Eine recht nette Idee: Der Leiter des Sanatoriums Quissiana, Spezialist für unverbaute Frauen, heißt auch brüchigen Chen; nur für die Bedürfnisse seiner eigenen Frau, die auch Ärztin und seine Assistentin ist, ist er absolut blind. Die Leiden einer seiner Patientin sieht er dadurch, daß er ihrem Ehemann, einem welschenden Büchergelehrten und Muster ehrlicher Freude, den Rat gibt, seine Frau eifersüchtig zu machen. Die Frau des Arztes übernimmt es, die Rolle der Verführerin zu spielen. Natürlich wird aus dem widerwillig begonnenen Spiel Ernst. Das Manöver führt zu einer wirklichen Liebe. Doch war keine Angst? Der Autor weiß, was das Publikum will. Zum Schlus ist alles in Butter; beide Chen gehen aus diesem Zwischenspiel erneut und gefärbt hervor. Nebenher läuft die im deutschen Lustspiel nun einmal unvermeidliche Verlobungsgeschichte, diesmal zwischen dem jungen Assistenten und einer noch jüngeren Patientin. — Ziemlich für 3 Akt ein wenig mager. Der Dialog, ein Schnäker und Hermann Baer gehört, bleibt trotz mancher feinen Bemerkungen recht erstaunlich hinter diesen allzu deutlich markierten Vorbildern zurück. Doch, wer harmlose Unterhaltung liebt, wird den Abend nicht als verloren betrachten.

Darstellerisch gab es, vor allem in den Fraurollen, manches Erfreuliche. Vor allem Frau Niemann-Hedmann gelang es, der Rolle der Ärztin eine Gestalt zu geben, die man im Gefühl behalten wird, wenn der Inhalt des Stücks längst vergessen ist. Die überlegen verstandesklige und im Grunde so ganz weibliche Figur war wirklich herzaubzend. Auch Katja Weyer ist als unverständliche Frau und Martha Schanzer als temporärwandler Badische waren vorzüglich. — Ob es nur an dem Autor lag, daß die männlichen Rollen so flat dagegen abfielen? — Bei dem Arzt Karl Pündiers glaubte ich es; als blinder Ehemann war er ausgezeichnet; aber den zweitwichtigsten Frauenarzt wird ihm niemand glauben. Doch, wie gesagt, die ganze Figur ist nicht sehr glaubhaft. — Aus der Rolle des welschenden Privatgelehrten, der sich Hals über Kopf in die Ärztin verliebt, hätte ein witzlicher Komiker aber entschieden mehr herausholen können, als es Herbert Brunner gelang, der sich offenbar in diese Gestalt nicht einführen konnte. Schließlich seien noch Walter Felsenstein als jugendlicher Liebhaber come il faust und Margarethe Haß als der fröhliche Gärtnersfrau genannt.

Die Stilleitung erfreute durch ausmutige Ausstattung, schadete aber der Wirkung durch ein, hier besonders unerträgliches, schleppendes Tempo. So eine Verdehnung verrät das harmlose Stückchen nicht.

Das wenig anspruchsvolle Publikum bereitete ihm trotzdem einen Achtungserfolg, den Autor und Spieler persönlich einheimsen konnten.

Gewerkschaftskonferenz in Bückeburg.

Ortsausschüsse des 11. Bezirks des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am Sonnabend und Sonntag tagten — wie bereits berichtet — im Gewerkschaftshaus die Vertreter der Ortsausschüsse des 11. Bezirks des ADGB. 120 Delegierte und Gauleiter der in ihm zusammengeführten Organisationen waren erschienen, um in dieser ersten Zeit zu beraten wie die Interessen der Arbeitnehmer am besten zu wahren sind. Mit einer kurzen Begrüßungsrede eröffnete am Sonnabend nachmittag der Bezirksssekretär, Genosse Heinrich Hamburg, die Konferenz und erklärte darauf sofort: dem als Referenten über

Wirtschaftsfragen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

erschienenen Genossen Mendel. Geschäftsführer der Produktion-Hamburg, das Wort. Wir können im Rahmen dieses Berichts unmöglich all die großen Probleme mit Ausgaben, die den Organisationen der Arbeitnehmer heute gestellt sind und die der Redner streifte, behandeln. Das würde weit über den Rahmen eines Berichtes hinausziehen. Eins muß aber gesagt werden, alle die diesen Vortrag hören, wurden davon überzeugt, daß die Gewerkschaften, als Wirtschaftsorganisationen der Arbeitnehmer vor neuen riesengroßen Aufgaben stehen. Redner gab zunächst ein Bild von den früheren wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands, behandelte sodann die Ein- und Ausfuhr unseres Landes vor und nach dem Kriege und legte die Folgen des Friedensvertrages an der Hand statistischen Materials dar. Das Schlimmste der Situation, in der Deutschland sich befindet, sei, daß wir bis heute noch nicht die Höhe der Kriegsschädigung, die wir zu zahlen haben, kennen. Daraus müsse geschlossen werden, daß die politischen Machthaber der Gegner Deutschlands, unter Verleumdung der wirtschaftlichen Zusammenhänge, Deutschlands Wirtschaft zugrunde richten wollen, in der irigen Annahme, daß durch eine solche Vernichtung das Wirtschaftsleben ihrer Staaten gedeihen würde. Diese Ungeheuerlichkeit über die von uns aufzubringenden Entschädigungen lasse keine Ruhe für Arbeiter und Wirtschaft aufkommen. Genosse Mendel schloß sodann die Inflationsperiode, ihre Ursachen und Wirkungen. Es sei nicht Zeit, so führte er aus, in diesem Augenblick darüber zu beraten, ob dieses oder jenes von Regierungen oder Parteien falsch gemacht sei. Als Wirtschaftspolitiker habe man sich mit den realen Tatsachen abzufinden und danach zu handeln. Eins jedenfalls hätten die Regierungen Deutschland zu Wege gebracht, nämlich, den Bürgerkrieg im Lande zu verhindern. Sodann wurde vom Redner die Vermögensverschwendungen, die durch die Inflation entstanden sind, behandelt. Alle wirtschaftspolitischen Fragen seien nicht mit dem Maßstab des moralischen oder ethischen Empfindens zu beurteilen, sondern als Wirtschaftspolitiker habe man niemals alle Dinge vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus zu betrachten. Rücksicht und Rücksicht seien deshalb auch das Verhalten der Landwirtschaft in der Inflationszeit zu betrachten. Die Hungersnot, die über das deutsche Volk hinweggegangen sei, wäre doch gekommen und Abhilfe sei nur möglich gewesen durch die Schaffung einer festen Währung. Die Theorie über die Sachwerte sei gut gewesen während der Inflationszeit. Sachwerte seien dagegen nichts ohne mobiles Kapital. Deshalb kann man heute auch feststellen, daß infolge der Kapitalknappheit alle Sachwerte, gemessen an ihrem Friedenswert, große Entwertungen zu verzeichnen hätten. Deutschland braucht Auslandskredite, die aber uns nur dann gegeben würden, wenn der außenpolitische Ausgleich vorgenommen sei. Genosse Mendel gab dann ein Bild über das

Wesen der Genossenschaften

in den letzten Jahren. Grobes sei auf allen Gebieten von den Genossenschaften im Interesse der Bevölkerung geleistet. Seit dem Juli 1923 hätten sich die Genossenschaften drückend aufgezeigt um die Versorgung eines großen Teiles des deutschen Volkes mit Lebensmitteln sicherzustellen. Deshalb erwarten die Genossenschaften auch heute vornehmlich von der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerchaft, die gleiche Treue, die sie bewiesen hätten in der Zeit des Kriegs. Der Redner kam sodann auf die Lohnverhältnisse der Arbeitnehmer zu sprechen und konnte an der Hand statistischen Materials nachweisen, daß der Stundenlohn der Arbeitnehmer in der Inflationszeit 47—50 % im Durchschnitt betrug, bei der Stabilisierung des Markt ungefähr 50—60 %. Als die deutsche Wirtschaft zusammenbrach, lag mit auf dem Trümmerhaufen dieser Wirtschaft auch ein großer Teil Erfolge der Gewerkschaften. Da sei den Organisationen und deren Führer kein Vorwurf zu machen, sondern das ist geblieben auf Grund der Erfüllung des Wirtschaftslebens. Als Höhe der für die Arbeitnehmer vorliegenden Verhältnisse in Deutschland ist eine Auswanderung der besten Kräfte Deutschlands in andere Länder zu verzeichnen. Deshalb wird für absehbare Zeit die Qualitätsarbeit der Friedenszeit nicht wieder erreicht werden. Redner behandelte weiter das Arbeitslosenproblem und betont, daß auch der Arbeitnehmer sich darüber klar sein müsse, daß die Wirtschaft unter allen Umständen wirtschaftlich gestaltet wird. Eine Kontingentierung der Arbeit sei vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, ein Unsinn, und könne nur als eine vorübergehende Maßnahme verstanden werden. In der zukünftigen deutschen Wirtschaft überwiegend bemerkte Genosse Mendel, daß der Aufbau der deutschen Wirtschaft nicht allein Sache des Kapitals sei. Die Arbeitnehmer und ihre Organisationen, die Gewerkschaften, seien darauf, an diesem Aufbau tatkräftig und wirtschaftlich aber auch verständnisvoll mitzuwirken. Der Zusammenschluß des Kapitals sei vorbildlich. Aus diesem vorbildlichen Zusammenschluß hätten die Gewerkschaften den Schluss zu ziehen, auch ihrerseits die Organisationen auszubauen. Die Gewerkschaften seien nach wie vor, im festen Kampf stehend, die Hüter der Gesamtheit und eines ausreichenden Lohnes der Arbeitnehmer. Die Gewinnbrüder ausreichender Löhne und die damit eintretende Steigerung der Konkurrenz, sind die Voraussetzungen für ausreichende Arbeit. Bei allen diesen Fragen haben die Gewerkschaften abzuwählen, wie weit die Wirtschaft tragbar belastet werden kann.

Wir sehen heute den Kampf der Unternehmer gegen den Tarifgedanken auf der ganzen Linie. Die Durchführung dieses Tarifgedankens durch die Gewerkschaften vor dem Kriege muß als ihre größte Tat bezeichnet werden. Heute hat die Arbeitnehmerhaft alles daran zu legen, um den Tarifgedanken aufrecht zu erhalten. Alle, die von mir angeführten und erwähnten Probleme, so beronte Genosse Mendel, zeigen davon, daß es für die Arbeitnehmerhaft unerlässlich ist, genaue Kenntnis der deutschen Wirtschaft zu besitzen. Auf diesem Gebiet habe die Presse vor allen Dingen ein großes Werk zu übernehmen. Die Organisationen der Arbeitnehmerhaft müßten grundsätzlich auf dem Standpunkt stehen, daß möglichst der Ausgleich aller Differenzen zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer im Wege der Verständigung erzielt werden.

Kampf im Wirtschaftsleben sollte ebenso wenig sein wie wirtschaftlicher Krieg. Das bedeutet nicht, daß unter Umständen nicht doch die Arbeitnehmerhaft zu den Mitteln des Kampfes greifen müsse, aber dieser soll doch erst das letzte Mittel sein. Soll unser Wirtschaftsleben in absehbare Zeit einer Befriedung entgegengeführt werden, so muß eben verständnisvolles Zusammenarbeiten der Wirtschaftsorganisationen herbeigeführt werden. Dem Vortragenden wurde für seine Ausführungen großer Beifall zuteil.

Sodann gab der Bezirksssekretär Genosse Heinrich den Bericht über seine Tätigkeit. Daß das Bezirksssekretariat in der Inflationszeit sehr schwer zu kämpfen hatte, versteht sich am Rande. Niemand hat aber geahnt, daß es so schwer werden könnte, wie im Jahre 1923. Zeitweise mußte das Bezirksssekretariat nebenamtlich weitergeführt werden. Genosse Heinrich bildete eingehend die Tätigkeit des Sekretariats auf den einzelnen Gebieten, wie Erwerbslosenfürsorge, Sozialversicherungen, Schlichtungsweisen,

Kampf um die Arbeitszeit, Betriebsratbewegung und Jugendarbeit. Er stellte in dem Bericht die Generalstreikwelle, die im August und Oktober vorigen Jahres von unverantwortlichen Elementen in Deutschlands Arbeiterschaft getragen wurde, und die Maßnahmen, die von Seiten des Bezirks dagegen getroffen wurden. Die stabilisierten Verhältnisse haben auch dem Bezirksssekretariat gebracht, allmählich wieder aufzubauen und es kann wohl heute gesagt werden, daß die Krise als überstanden zu betrachten ist.

Der zweite Tag begann mit dem Referat des zweiten Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, dem Genossen Gräfinmann-Berlin, über „gewerkschaftliche Tagesfragen.“

Der Redner setzte in seinen einleitenden Worten, daß die Gewerkschaftsmitglieder endlich einmal erkennen müßten, daß die Tätigkeit des ADGB nicht immer der Öffentlichkeit so unterbreitet werden könnte, wie Fragen des politischen Lebens. Die Gewerkschaften täuschen eben nicht alles leicht, weil die wirtschaftliche Situation, die der Redner des Rückschlusses, auch wie die politischen Verhältnisse, ein öffentlich bekanntes gewissermaßen nicht gestalten. Die Sachverständigenkonferenz und das amerikanische Einigungsamt in die europäischen Verhältnisse ließen um nur zwei Beispiele zu nennen, vernachlässigt auf das Werk des ADGB, zurückzuführen. Genosse Graumann wiederholte die Erklärung, die er vor der Sachverständigenkonferenz abgegeben hat und die besagt, daß die deutsche Arbeitnehmerchaft bereit ist, Wiedergutmachungen zu leisten, daß sie aber nicht gewillt ist, nach den Kriegs- und Inflationsgewinnen auch noch Wiedergutmachungsgewinne zu tragen. Es ist manchmal entsetzlich, so betonte der Redner, seinen Ausweg aus den Wirren der ganzen Welt zu suchen. Der Glanze der sog. oppositionellen Gewerkschaften, daß wie das einzige Beispiel in Deutschland zu nehmen wären, ist irrtümlich. Russland ist wirtschaftlich bedeutend besser gestellt als Deutschland. Russland heißt alles außer Russland, was es für seine Lebensbedürfnisse im eigenen Lande braucht. Außerdem verfügt Russland über eine Militärmacht, wie sie das vielleicht Reich nur zur Zeit zwanzig des Schrecklichen kannte. Am Englands Stellung und Verhalten in all diesen Tagen zu urteilen, mache man die vollständige Verbindung der Nach England gegenüber den übrigen Weltmächten entzerrt. England besitzt ja heute nicht mehr die dominierende Macht auf militärischem und finanziell Gebiete wie das früher der Fall war. Die beiden Männer, objektiv gesehen, würden manchmal die Russen öfter als Englands Haltung, die von uns aussehen, als eine Wunde und bestimmt erscheint. Der Redner war dann auf die Kapitalknappheit in der Deutschen Wirtschaft zu sprechen, behandelte die Täglichkeit des kleinen Sozialstaates und erklärte, daß es auch uns die Gewerkschaften nicht gleichgültig sei, wie es der Industrie geht. Es ist verdeckt, wenn in der Industriekammer vor gewisser Seite Stabilität und Wirtschaftlichkeit verhandelt werden würde. Graumann bildete sodann die Schlußfolgerung, die es eine wissenschaftliche Sozialreform entgegenstellen und betonte, daß für eine erste erste die Verlusungen geschaffen werden müssen. Er preiste hierbei die Errungenisse in Russland und betonte, daß dort, wo der Link-Bolschewismus bei Unruhen gekämpft habe, heute die Triumphiertätte des Rechtschaffenswesens ist. Der Bolschewismus in Italien und die politische Entwicklung in Spanien wäre nicht so stark, wenn nicht die Kommunisten ihr Wesen dort getrieben hätten. Dem müsse die Arbeitnehmerseite für sie Augen sehen. Der

Genossenschaftsredakteure,

den der Redner befürchtet, muß mit allen Mitteln von den Gewerkschaften abfordern werden. Redner behandelte dann in längeren Ausführungen die oppositionelle Bewegung in den Gewerkschaften und erklärte, daß der Bundesvorstand Vereine dafür habe, doch kontinuierlich auf eine Spaltung der Gewerkschaften durch die KPD hingearbeitet würde. Dieser Befehl sei von Moskau erlassen worden. Wenn heute ein Rückgang der Gewerkschaften zu verzeichnen ist, so nehme das in Betracht der Erwerbslosenfrage und der organisatorischen Tätigkeit der sog. Oppositionen nicht Wunder. Der Redner kam dann auf die Tätigkeit des Bundesvorstandes, Herr Schaffung von Industrie-Organisationen zu sprechen und stellte hier den Widerstand der eigenen Gewerkschaftsmitglieder dar, die in vielen Fällen durch Unzufriedenheit bewiesen hören, daß sie die sog. Industrie-Organisationen nicht wollten. Er betonte die Sicht, die Generalkreispartei der KPD, führt den Text in diesen sonderbaren Zeiten offen an und betonte, daß auf der anderen Seite die Leute dann, wenn ein Vertreter der Gewerkschaft, ein Arbeitgeberhund oder ein Arbeitgeber selbst einmal diesen Leuten gegenüber tritt, diese

Großhäuser wie ein Dachmeister zusammenklappen.

Eine Verständigung mit der KPD sei nicht möglich, weil sie sich nicht verständigen darf. Graumann behandelte die Thesen der KPD, für die gewerkschaftliche Tätigkeit ihrer Anhänger. Moskau ist mit Sicherheit an unserer Entwicklung. Die deutschen Peasanten als solche sind den Moskauer Machthabern schulpflichtig. Das deutsche Proletariat stellt die Bauern des Schatzkreises dar, die deutschen Kommunisten sind die Schimpfmauer Moskaus. Wenn einmal ein späterer Geschichtsschreiber über diese Zeit berichtet, so wird er schreiben müssen, daß der Satz „ein großer Aufstand schmälerlich ward verkannt“, über dieser Zeit leben muß.

Am heutigen Vortrage schloß sich eine rege Aussprache an. Hierzu beteiligten sich zahlreiche Delegierte. Die Aussprache gipfelte in der Annahme folgender Entschließungen, die gegen 4 Stimmen Annahme fand:

Die am 5. und 6. April in Bückeburg tagende Konferenz der Ortsausschüsse des 11. Bezirks des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verurteilte auf das scharfe das gemeinsame gewerkschaftliche und wirtschaftspolitische Treffen der sogenannten Gewerkschaftsopposition. Wer daran teilnimmt, stellt sich unzweckmäßig der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Sie ist so notwendige Einheit und Kampfkraft der deutschen Arbeiterschaft, ist nur allein vorhanden auf dem Boden einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung.

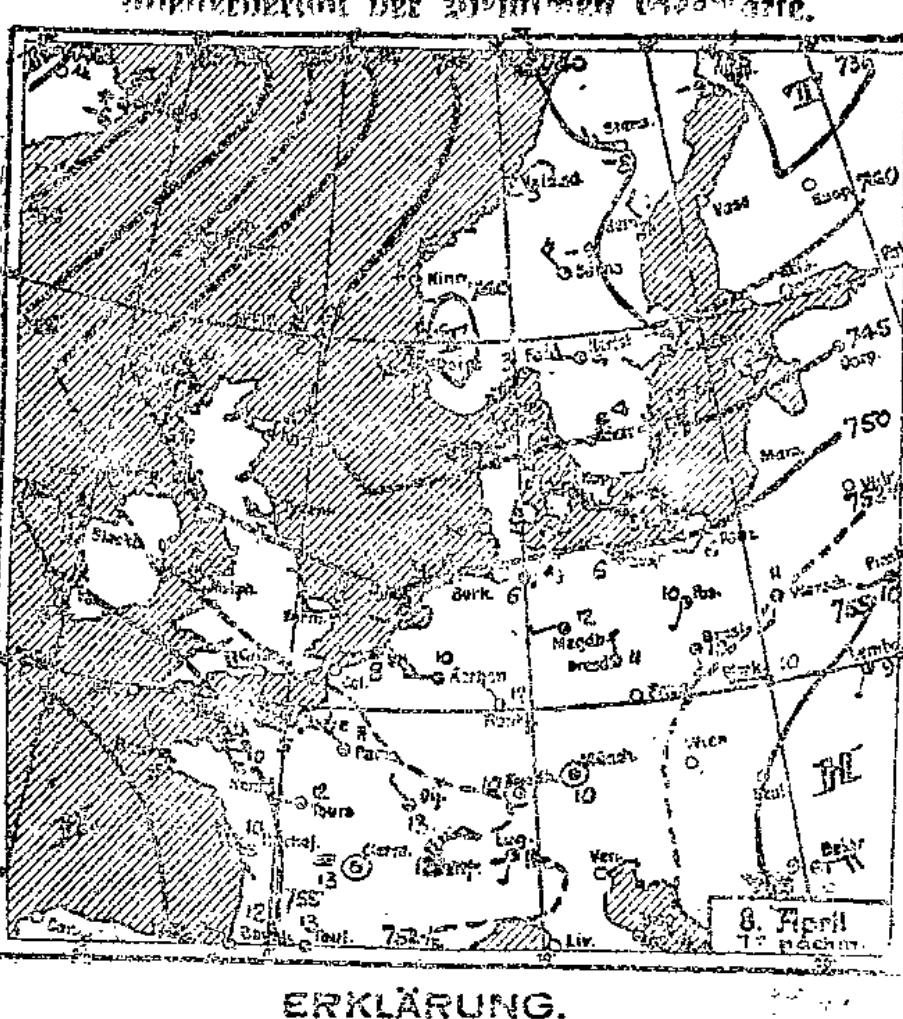
Die Konferenz bekannte sich deshalb rückhaltlos zu den Grundzügen und Richtlinien des ADGB.

Ferner wurde ein Antrag über die Frage der Erwerbslosenfürsorge angenommen, der folgendermaßen lautet:

Die Bezirkskonferenz des 11. Bezirks des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschließt:

- die durch die Verordnung beschränkten Rechte der Verwaltungsausschüsse der Arbeitseinsätze wieder herzustellen und zu erweitern;
- die Arbeitspflicht (gemeinnützige und sog. kleine Notstandsarbeiten), die lediglich für die ungenügenden Unterstützungen, resp. ganz geringen Erhöhungen geleistet werden müssen, wieder aufzuhoben. Für sämtliche Arbeiten sind tarifliche Löhne zu zahlen;
- die Verschlechterungen in der Krankenversicherung der Erwerbslosen zu befechten.

Nach den Schlussworten der Referenten wurde die Konferenz, die den Ortsausschüssen des 11. Bezirks des ADGB Richtlinien für ihre jetzige und zukünftige Zeit geben sollte, und die diese Aussagen glänzend löste, mit einer anfeuernden Ansprache des Genossen Ehrentz-Hamburg geschlossen.



Die Wetterlage und die Witterung der nächsten 2 Tage wird unter dem Einfluß eines vom Polarmeer ausgehenden Küsteneinbruches stehen. Die Temperaturen von Island und Skandinavien sind leicht gesunken. Damit wird die allgemeine Luftbewegung wieder zunehmen. Es ist auf Nordsee und Ostsee mit dem Auftreten von stark böigen Stürmen zu rechnen. Über Europa dürfte es zur Ausbildung von Weststürmen kommen. Auf der Rückseite des Küsteneinbruches ist dann wieder rasch einsetzende Aufheiterung zu erwarten.

Borberäge für den 9. und 10. April.

Etwas kälter, vorwiegend wolkig, vielfach Regen und Schneeschauer, böiger westlicher bis nordwestlicher Wind.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 8. April. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Bei andauernder Geldknappheit und angesichts der in letzter Zeit immerhin ziemlich stark erhöhten Forderungen konnte das Geschäft nur ganz bescheidenen Umfang annehmen. Preise in Renteinmark vor 1000 Kilogramm. Renteinmark 4,20 = 1 Dollar. Weizen 170—178. Roggen 142—148. Hafer 134—140. Winter- u. Sommergerste 155 bis 185 ab inländischen Stationen einheitl. Pommern. Ausländische Sorten 168—188. Mais schwimmend 196—206 Mt. frei Kauwagen. Getreidesorten bei steigter Tendenz; ruhiges Geschäft.

Kunststoff. Hamburg, 8. April. Mats 10 50 Mt. Juni/September 8 85; Kreisfuttermehl (24proz.), Ioko, 5,90; Palmfett, Ioko 8,75; Palmfettdrost, Ioko 6,25; inländ. Wollenskleie, Ioko, 6,—; Gerste Ioko 9,10 Mt. Tendenz: Fest bei kleinen Geschäften.

Heu und Stroh. Hamburg, 8. April. Im Großhandel neigt sich der Preis für Wiesenheu, Ioko, 2,50, dto. gepréßt 3,20. Getreidestroh gebündelt, 1,20, dto. gepréßt 1,50. Falles je Rentner in Renteinmark frei Waggon inkl. Verladehosen, egl. Leckenniete. Tendenz: ruhig.

Kleinhandelsnotierungen des Hamburger Kuragehandels. Hamburg, 7. April. Hafer 9. Milchzitrone 8,50, Hacksel 4,30, Wiesenheu, gebündelt 5, Prebstroh 4,— (alles per Rentner in Renteinmark).

